

AUFSÄTZE

Die Bundestagswahl 2017: GroKo IV – ohne Alternative für Deutschland

Richard Hilmer und Jérémie Gagné

Das Ergebnis der Bundestagswahl am 24. September 2017 stand wie gewohnt schon am frühen Abend fest. Der darin zum Ausdruck gebrachte Wählerwille sorgte bei den politischen Akteuren aber für tiefgreifende Verunsicherung, die in der historisch längsten Phase einer Regierungsbildung ihren Ausdruck fand. Erst 171 Tage nach der Wahl konnte eine neue Bundesregierung vereidigt werden: eine Koalition von CDU, CSU und SPD, die am Wahlabend abgewählt schien.

In der deutschen Wahlgeschichte stellt dieses Ergebnis in mehrfacher Hinsicht eine Zäsur dar:

- Noch nie hat eine Bundesregierung binnen einer Wahlperiode vergleichbar an Wählerzuspruch verloren (-13,7 Prozentpunkte – davon die CDU -7,3, die SPD -5,2 und die CSU -1,2; vgl. Tabelle 1). Für Union und SPD bedeutete dies jeweils den Verlust eines Siebels ihrer Wählerschaft.
- Die Union erzielte ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949, die SPD ihr bislang schlechtestes Ergebnis überhaupt. Union und SPD firmieren zwar noch als stärkste und zweitstärkste Partei, ihre Rolle als Volksparteien ist jedoch deutlich beschädigt.¹ Der in Bayern erzielte Stimmenanteil der CSU von 38,8 Prozent ist zwar über alle Länder und Parteien betrachtet der höchste, gleichzeitig aber auch das schlechteste Ergebnis der CSU seit 1953 und vor allem weit entfernt von einer absoluten Mehrheit – für die CSU eine wichtige Grundlage für ihre bundespolitische Bedeutung.
- Der Wähleraustausch verlief diesmal kaum zwischen den im Parlament vertretenen Parteien, sondern führte zum Erstarken der außerparlamentarischen Opposition. Der FDP gelang mit einem Stimmenanteil von 10,75 Prozent der Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag. Die AfD schaffte den Sprung ins Parlament schon beim zweiten Anlauf mit eindrucksvollen 12,6 Prozent, womit sie gleich zur drittstärksten Partei avancierte.
- Erstmals ist mit der AfD eine Partei im Bundestag vertreten, die deutlich rechts von CDU und CSU angesiedelt ist.²

1 Der Chefredakteur der NZZ, *Eric Gujer*, spricht in Bezug auf die SPD und die CDU/CSU von „Ankerparteien“ anstatt von Volksparteien. Vgl. *ders.*, Der andere Blick: Die deutsche Volkspartei ist tot, und doch braucht die Gesellschaft Halt, in: NZZ online vom 19. Januar 2018, <https://www.nzz.ch/international/der-andere-blick-die-deutsche-volkspartei-ist-tot-und-doch-braucht-die-gesellschaft-halt-ld.1349114> (Abruf am 29. März 2018). Zum Niedergang der Mitgliederparteien siehe auch den Beitrag von *Elmar Wiesendahl*, *Benjamin Höhne* und *Malte Cordes* in diesem Heft der ZParl.

2 Nach dem Ausscheiden der nationalkonservativen Deutschen Partei (DP) aus dem Parlament sei „mit der AfD erstmals seit 1961 wieder eine Partei rechts von CDU und CSU im Bundestag vertreten“ („Größer, männlicher, rechter: Zwölf Fakten zum neuen Bundestag“, in: Merkur online vom 23. Oktober 2017, <https://www.merkur.de/politik/bundestagswahl-2017-groesser-maennlicher-rechter-zwoelf-fakten-zum-neuen-bundestag-zr-8799137.html> (Abruf am 29. März 2018)).

- Im 19. Bundestag sind sechs Parteien vertreten, was letztmals 1953 der Fall war. Die Folge ist ein bislang nicht gekanntes Maß an Problemen bei der Suche nach einer stabilen Regierungsmehrheit³: Die beiden Volksparteien haben ihre Dominanz im jeweiligen Lager verloren, und zwei der sechs Parteien gelten als nicht (AfD) oder kaum (Linke) koalitionsfähig.

Tabelle 1: Bundestagswahlergebnisse 2002 bis 2017 im Vergleich (Zweitstimmenanteile in Prozent)

Partei	2017	2013	2009	2005	2002	Differenz 2017-2002
CDU	26,8	34,1	27,3	27,8	29,5	-2,7
CSU	6,2	7,4	6,5	7,4	9,0	-2,8
SPD	20,5	25,7	23,0	34,2	38,5	-18,0
AfD*	12,6	4,7	–	–	–	+12,6
FDP	10,7	4,8	14,6	9,8	7,4	+3,3
Die Linke**	9,2	8,6	11,9	8,7	4,0	+5,2
Grüne	8,9	8,4	10,7	8,1	8,6	+0,3
Sonstige	5,0	6,2	6,0	3,9	3,0	+2,0

* Teilnahme an Bundestagswahlen seit 2013.
 ** 2005 = Linke.PDS, 2002 = PDS.
 Quelle: Bundeswahlleiter.

Das Wahlergebnis ist nicht nur historisch außergewöhnlich, es ist vor allem auch erklärungsbedürftig, denn es steht in bemerkenswertem Kontrast zur Regierungsbilanz: Die Lage der deutschen Wirtschaft war – ungeachtet schwieriger Umfeldbedingungen – ausgezeichnet, und die große Mehrheit der Bürger bewertete auch ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse als ausgesprochen zufriedenstellend.⁴ Bundeskanzlerin und führende Kabinettsmitglieder genossen zudem hohes Ansehen im In- wie im Ausland. Bis zum Sommer 2015 korrespondierte die positive Bilanz der Großen Koalition mit einem anhaltend hohen Wählerzuspruch für Union und SPD. Ab September verlor zunächst die Union, später auch die SPD kontinuierlich an Zustimmung. Auslöser und Hauptursache für den Stimmungsumschwung war die „Flüchtlingskrise“. Dominierte anfangs in der Bevölkerung noch eine ausgeprägte Willkommensstimmung, nahm mit anhaltend hoher Zahl von Zuwanderern der Eindruck zu, die Politik habe die Kontrolle verloren und die Probleme der Integration unterschätzt. Die Folgen waren eine Polarisierung der Debatte, wie sie die Bundesrepublik lange nicht erlebt hatte, und eine Politisierung breiter Bevölkerungsgruppen, die sich bei den Landtagswahlen 2016 in einem deutlichen Anstieg der Beteiligung und in bis dato kaum für möglich gehaltenen Erfolgen einer rechtspopulistischen Partei, der AfD, niederschlugen.

- 3 „Ich finde es schon erschreckend, wie instabil unser politisches Gefüge auf Bundesebene in kurzer Zeit geworden ist“, so der niedersächsische Ministerpräsident *Stephan Weil* (*Peter Burghardt / Christoph Hickmann*, „Kein stabiles Europa ohne ein stabiles Deutschland“, in: SZ vom 1. Dezember 2017, S. 6).
- 4 84 Prozent der Wahlberechtigten schätzten ihre wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut ein (vgl. ARD-Wahlreport Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 24. September 2017, Berlin 2017, S. 30).

Wie volatil die Stimmung in der deutschen Wahlbevölkerung war, zeigte sich zu Beginn des Jahres 2017. Ausgelöst durch die überraschende Nominierung von *Martin Schulz* als Kanzlerkandidat der SPD, machten die Sozialdemokraten in den Sonntagsfragen einen gewaltigen Sprung und rangierten kurzzeitig auf Augenhöhe mit der Union.⁵ Nach drei Bundestagswahlen mit von vornherein relativ klarem Ausgang schien ein offener Kampf zwischen den beiden Volksparteien um die Kanzlerschaft wieder möglich. Diese als „*Schulz-Hype*“ apostrophierte Entwicklung hielt nur etwa drei Monate an. Nach den verlorenen Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen näherte sich die SPD unaufhaltsam ihrer schwachen Ausgangsposition von Anfang Januar 2017. Angesichts des wieder deutlichen Vorsprungs der Union schien die Kanzlerfrage entschieden; offen blieb nur, mit wem *Angela Merkel* eine Regierung bilden könnte, und an Bedeutung gewann die Frage, wer drittstärkste Partei werden würde.

Letzteres gelang der AfD – neben der FDP die Gewinnerin dieser Bundestagswahl. Beide verdankten ihre Zugewinne nicht zuletzt einer deutlich gestiegenen Wahlbeteiligung, die beide weit erfolgreicher für sich nutzen konnten als die im Bundestag vertretenen Parteien. Der Wahlabend brachte auch die erwarteten Einbußen für die Regierungsparteien, die allerdings für CDU und CSU kräftiger ausfielen als prognostiziert. Nicht zuletzt deshalb erwies sich am Ende die Regierungsbildung für *Angela Merkel* schwieriger als erwartet.

1. Rückblick auf die 18. Wahlperiode

Seit 2013 regierte bereits zum zweiten Mal binnen eines Jahrzehnts eine Große Koalition aus Union und Sozialdemokraten die Bundesrepublik. Diese erneute – vor 2005 nur einmal praktizierte – formelle Zusammenarbeit der Volksparteien war nach der Bundestagswahl 2013 trotz des großen Sieges von *Merkels* CDU/CSU (41,5 Prozent) aus drei Gründen unumgänglich geworden: Erstens hatten die Freien Demokraten, die bisherigen Koalitionspartner der Union, mit 4,8 Prozent der gültigen Zweitstimmen erstmals den Wiedereinzug in den Bundestag verpasst, wodurch die Option einer Fortsetzung der gemeinsamen Regierungsarbeit entfiel. Zweitens scheiterten schwarz-grüne Sondierungsgespräche nach zwei Runden an der Absage von Bündnis 90/Die Grünen. Drittens kam die Umwandlung der prinzipiell gegebenen parlamentarischen Mehrheit von SPD, Grünen und Linken in ein tatsächliches Regierungsbündnis nicht ernstlich in Betracht – hatte doch nicht zuletzt der sozialdemokratische Kanzlerkandidat *Peer Steinbrück* ein solches Modell vor der Wahl kategorisch ausgeschlossen.⁶

Da die siegreiche Union somit im Vier-Parteien-Parlament darauf angewiesen war, mit der SPD eine Regierung zu bilden, konnte deren Vorsitzender *Sigmar Gabriel* trotz des

5 Das ganze Ausmaß dieser Verschiebung wurde in den Daten der Forschungsgruppe Wahlen deutlich. Sie gewährt als einziges Institut Einblick in ihre Rohdaten in Form der neben Projektionsdaten veröffentlichten „Politischen Stimmung“. Dort schnellte die SPD Anfang des Jahres binnen eines Monats von 21 auf 42 Prozent.

6 Selbst nach der Bundestagswahl 2013 riet *Steinbrück* seiner Partei, die politische Entwicklung der Linkspartei in den Folgejahren abzuwarten, anstatt „selbst Pirouetten“ zu drehen. Vgl. „Steinbrück warnt SPD vor schneller Öffnung nach links“, in: Spiegel online vom 13. November 2017, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/steinbrueck-warnt-spd-vor-schneller-oeffnung-zur-linkspartei-a-933331.html> (Abruf am 29. März 2018).

mäßigen Wahlergebnisses der SPD (25,8 Prozent) in den anschließenden Koalitionsverhandlungen bedeutende inhaltliche Zugeständnisse erreichen, darunter prominent die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns und die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren. Zur Stärkung der sozialdemokratischen Verhandlungsposition hatte er hierzu verbindlich angekündigt, den fertig ausgehandelten Koalitionsvertrag der eigenen Parteibasis im Rahmen eines Mitgliedervotums vorzulegen. Im Dezember 2013 stimmten rund 76 Prozent der teilnehmenden SPD-Mitglieder für den Vertrag.

Wie in den inhaltlichen Verhandlungen bestand die SPD auch bei der Ressortbesetzung darauf, sich auf Augenhöhe mit der Union zu bewegen und sich gegen die Tücken einer Juniorpartnerrolle abzusichern. Mit dem „Superministerium“ Wirtschaft und Energie sollte *Sigmar Gabriel* eine dem Finanzminister *Wolfgang Schäuble* ebenbürtige Rolle zukommen. Zudem war das wichtige und populäre Projekt Energiewende damit in *Gabriels* Zuständigkeitsbereich. *Andrea Nahles* hatte im Arbeitsministerium die Umsetzung der Flaggschiff-Vorhaben Mindestlohn und Rente mit 63 zu sichern. Die SPD zog damit auch die Lehre aus dem kardinalen Fehler der FDP, seinerzeit das eigene Kernversprechen (Steuersenkungen) einem CDU-Finanzminister anvertraut zu haben.

Verglichen mit der vorangegangenen Wahlperiode wies das Kabinett *Merkel* III große personelle Stabilität auf. Die einzige große Umbildung erfolgte Anfang 2017 mit *Steinmeiers* Wechsel in das Schloss Bellevue. *Gabriel* übernahm als Außenminister und überließ sein Superministerium *Brigitte Zypries*. Im Sommer wechselte SPD-Familienministerin *Manuela Schwesig* nach Mecklenburg-Vorpommern, um den schwer erkrankten *Erwin Sellering* als Ministerpräsidenten abzulösen. Ihren Posten im Bundeskabinett übernahm SPD-Generalsekretärin *Katarina Barley*.

Skandalumwoben war allein der Abgang von CSU-Landwirtschaftsminister *Hans-Peter Friedrich*. Im Zusammenhang mit der Kinderpornografie-Affäre um den SPD-Abgeordneten *Sebastian Edathy* wurde ihm vorgeworfen, als Innenminister der Vorgängerregierung die SPD über laufende Ermittlungen vorgewarnt und diese damit gefährdet zu haben. Im Februar 2014 trat er – nicht zuletzt auf Druck der Kanzlerin – zurück und wurde durch *Christian Schmidt* ersetzt, zuvor Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Die Große Koalition arbeitete zügig an der Umsetzung ihrer prominentesten Reformvorhaben. Bis zur Sommerpause 2014 waren Mindestlohn, Rente mit 63 und die von der Union geforderte Mütterrente verabschiedet. Einzig die von der CSU und ihrem Bundesverkehrsminister *Alexander Dobrindt* eingebrachte PKW-Maut benötigte mehr Zeit: Sie wurde im März 2015 – nach zahlreichen, auch europarechtlichen Debatten – in Gesetzesform gebracht.⁷

Außenpolitisch war die Wahlperiode geprägt durch eine Reihe von Krisen, in denen *Angela Merkel* ihren Ruf als erfolgreiche Krisenmanagerin und international respektierte Vertreterin Deutschlands ausbauen konnte. In der Ukraine-Krise 2014 nahm Deutschland eine Schlüsselrolle ein, sowohl bei der Durchsetzung von EU-Sanktionen gegen Russland als auch im Minsker Friedensprozess. In der Bevölkerung wünschten sich viele allerdings

7 Im TV-Duell mit *Peer Steinbrück* hatte *Angela Merkel* die Einführung einer PKW-Maut noch dezidiert ausgeschlossen: „Mit mir wird es keine PKW-Maut geben“ („Kanzlerin schließt Einführung von Pkw-Maut aus“, in: Spiegel online vom 1. September 2013, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/tv-duell-mit-steinbrueck-merkel-schliesst-einfuehrung-von-pkw-maut-aus-a-919778.html> (Abruf am 29. März 2018)).

eher eine neutrale Vermittlerrolle⁸ zwischen Moskau und Kiew. Der Bundeskanzlerin gelang hier eine vorsichtige Gratwanderung. Sie bezog klar Stellung gegen Russlands völkerrechtswidriges Vorgehen, betonte jedoch gleichzeitig, dass der Konflikt nicht militärisch zu lösen sei und lehnte Forderungen nach Waffenlieferungen an die Ukraine ab.

Weiterhin kam es in der seit 2010 bestehenden Griechenland-Krise mit dem Amtsantritt der Syriza-Regierung unter Ministerpräsident *Alexis Tsipras* zu einer erneuten Zuspitzung. Die griechische Führung wehrte sich vehement gegen die bisherigen Sparvorlagen der Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF und setzte ein Referendum an, in dem sich die Griechen mehrheitlich gegen die Auflagen aussprachen. Während Bundesfinanzminister *Schäuble* hierauf das temporäre Ausscheiden der Hellenischen Republik aus der Eurozone forderte, gelang *Angela Merkel* erneut ein Balanceakt. So blieb sie zwar gegenüber Griechenland hart, lehnte aber zugleich einen „Grexit“ ab.

Die zentrale Herausforderung für die Große Koalition stellte sich jedoch in der zweiten Jahreshälfte 2015 in Form der Flüchtlingskrise ein. Die unbürokratische Aufnahme Tausender in Ungarn gestrandeter, zumeist syrischer Flüchtlinge Anfang September 2015 wurde in der Bevölkerung mehrheitlich, teils sogar euphorisch begrüßt. Als sich dann aber hunderttausende Flüchtlinge über die Balkanroute auf den Weg nach Deutschland machten, wurden Rufe nach einer Begrenzung der Zuwanderung lauter. Auf dem CSU-Parteitag am 20. November sah sich die Bundeskanzlerin massiver Kritik ausgesetzt⁹, hielt jedoch – ungeachtet sinkender Umfragewerte – an ihrer Ablehnung einer Obergrenze für die Flüchtlingsaufnahme fest. Die Vorkommnisse in der Kölner Silvesternacht 2015/2016, in der zahlreiche sexuelle Übergriffe durch Asylbewerber angezeigt wurden, trugen zu einer Verschärfung der öffentlichen Verunsicherung bei.

Bereits seit 2014 hatten in Dresden die als Protest gegen eine als zu hoch erachtete Zuwanderung veranstalteten Pegida-Märsche regen Zulauf erhalten. Politisch fand dieser Protest in den Erfolgen der Alternative für Deutschland bei drei Landtagswahlen seinen Ausdruck. In Sachsen-Anhalt wurde die AfD mit 24,3 Prozent zweitstärkste Kraft, und auch ihre Ergebnisse in Baden-Württemberg (15,1) und Rheinland-Pfalz (12,6 Prozent) ließen bundesweit aufhorchen. Wenngleich bereits im März 2016 die Balkanroute faktisch geschlossen worden war und die Zahl der Neuankömmlinge danach rapide sank, erzielte die Partei im September 2016 auch bei den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern (20,8) und Berlin (14,2 Prozent) deutlich zweistellige Ergebnisse – zugleich erreichte sie im Bundestrend bis zu 16 Prozent. Im selben Zeitraum sank die Union in den Umfragen von 40 auf 31 Prozent (Juni 2016) und erholte sich erst zum Jahresende leicht. Sie litt zudem massiv unter dem offenen Zerwürfnis zwischen den Schwesterparteien CDU und CSU in der Flüchtlingsfrage. Im Verlauf der Krise brachen auch die Zustimmungswerte für die Kanzlerin dramatisch ein: Im November 2015 war weniger als die Hälfte der Bürger mit ihrer Arbeit

8 In einer Umfrage von Infratest dimap stimmten 59 Prozent der Befragten der Aussage zu, Deutschland solle „eine führende Vermittlerrolle im Ukraine-Konflikt übernehmen“ (ARD-DeutschlandTRENDE August 2014, Berlin 2014, S. 3).

9 Breite mediale Beachtung fand die minutenlange Kritik *Seehofers* an *Merkel*, die wortlos und mit verschränkten Armen „wie ein Schulmädchen“ auf der Bühne stand und sich wiederholt mit der CSU-Forderung nach einer Flüchtlingsobergrenze konfrontiert sah. Vgl. *Robin Alexander* / *Peter Issig*, Seehofer führt Merkel wegen Asylpolitik vor, in: Die Welt online vom 20. November 2015, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article149102297/Seehofer-fuehrt-Merkel-wegen-Asylpolitik-vor.html> (Abruf am 29. März 2018).

zufrieden.¹⁰ Etwas zeitversetzt wurde auch der Koalitionspartner SPD vom wachsenden Unmut in der Bevölkerung erfasst: Die SPD-Werte gingen von 25 auf bis zu 20 Prozent zurück.

Doch nicht nur im Inland stellten rechtspopulistische Kräfte die Bundesregierung vor Herausforderungen. Im Juni 2016 versetzten die Briten mit ihrem Brexit-Votum – propagiert und forciert von der rechtspopulistischen UKIP – die gesamte restliche EU in Aufruhr. Im November 2016 folgte mit der Wahl *Donald Trumps*, der sich protektionistischer und populistischer Rhetorik bedient hatte, zum 45. US-Präsidenten eine weitere Erschütterung der deutschen und europäischen Außenpolitik. Mit dem Sieg von *Emmanuel Macron* über die rechtsextreme Kandidatin *Marine Le Pen* bei den französischen Präsidentschaftswahlen im April und Mai 2017 blieb der dritte mögliche Wahlschock aus. Dennoch stand ab sofort die Frage im Raum, wie die Bundesregierung auf die ehrgeizigen EU-Reformpläne des neuen Staatspräsidenten reagieren sollte. Kurz vor der Wahl spitzte sich zudem das ohnehin angespannte deutsch-türkische Verhältnis angesichts eines zunehmend repressiv auftretenden türkischen Staatspräsidenten *Recep Tayyip Erdogan* zu. Nach der Verhaftung des deutsch-türkischen Journalisten *Denis Yücel* im Februar und weiterer Festnahmen deutscher Staatsbürger eskalierte die Entwicklung. Bundesaußenminister *Sigmar Gabriel* verschärfte schließlich im September 2017 die offiziellen Reisehinweise für deutsche Staatsbürger – womit die Türkei ihrerseits sofort gleichzog. Als medial einschneidendes Ereignis erwies sich auch der G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017. Bei ungewöhnlich heftigen Straßenschlachten zwischen Linksautonomen und Polizei wurden jeweils Hunderte Personen auf beiden Seiten verletzt – woraufhin der Erste Bürgermeister der Hansestadt, *Olaf Scholz*, massiv für seine Gipfelvorbereitung in die Kritik geriet.

Innenpolitisch waren nun kaum noch substanzielle Regierungsprojekte vorhanden, die von den zunehmend sich im Wahlkampfmodus befindlichen Koalitionspartnern umzusetzen gewesen wären.¹¹ Für Furore sorgte im Juni 2017 noch eine parlamentarische Entscheidung über die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare¹², für die auf vielseitigen Druck die Abstimmung freigegeben wurde. Mit den Stimmen von hauptsächlich sozialdemokratischen, grünen und linken, aber auch 75 Abgeordneten der Union, wurde diese gesellschaftspolitische Reform verabschiedet.

Insgesamt ging im Herbst 2017 eine Wahlperiode zu Ende, die im Inneren durch produktive und koalitionsvertragsgemäße Arbeit, nach Außen durch die Frage geprägt war, wie die auf der Weltbühne wichtiger gewordene Bundesrepublik auf internationale Verwerfungen und Zäsuren reagieren soll.

10 Im Gegenzug stieg die Zufriedenheit mit der politischen Arbeit *Seehofers* im Oktober 2015 um elf Punkte auf 39 Prozent (vgl. ARD-DeutschlandTREND Oktober 2015, Berlin 2015, S. 10).

11 Der Einfluss des Wahlkampfes zeigte sich besonders stark, als das CDU-Kanzleramt das vom SPD-Arbeitsministerium geplante Gesetz zum Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit trotz Festschreibung im Koalitionsvertrag 2013 blockierte. Vgl. *Tobias Peter*, Kein Recht auf Rückkehr in Vollzeit, in: FR online vom 23. Mai 2017, <http://www.fr.de/wirtschaft/teilzeit-kein-recht-auf-rueckkehr-in-vollzeit-a-1284426> (Abruf am 29. März 2018).

12 Auf einer Diskussionsveranstaltung in Berlin hatte *Merkel* angekündigt, bei einer Abstimmung über die gleichgeschlechtliche Ehe auf die Fraktionsdisziplin zu verzichten. Dass allerdings bereits ein fertiger Gesetzentwurf aus Rheinland-Pfalz zu dem Thema vorlag, der dann prompt erfolgreich zur Abstimmung im Bundestag eingebracht wurde, hatte sie nicht bedacht. Vgl. „Parlamentarier fordern Abstimmung zu gleichgeschlechtlicher Ehe“, in: Zeit online vom 27. Juni 2017, www.zeit.de/politik/deutschland/2017-06/ehe-homosexuelle-gleichstellung-angela-merkel (Abruf am 29. März 2018).

2. Wahlkampf der Parteien

2.1. CDU und CSU

Anders als in früheren Wahlkämpfen der *Merkel*-Ära brauchte die Union 2017 lange, um sich zu sortieren. *Merkels* lange unangefochtener Führungsanspruch über ihre Partei hatte in der Flüchtlingskrise deutliche Risse bekommen. Obwohl ein klarer Herausforderer nie hervortrat und im Zuge zurückgehender Flüchtlingszahlen die offene Kritik an der Parteichefin größtenteils wieder verstummte, zögerte sie lange mit einer vierten Kanzlerkandidatur. Erst Mitte November 2016 fiel die Entscheidung. Im Presseecho herrschte weitgehend Einigkeit darüber, dass die *Trump*-Wahl und die entsprechend unsichere Weltlage wohl letztlich den Ausschlag gegeben hätten.¹³ Die Führungsfrage in der CDU war damit geklärt, doch weiterhin verlief ein tiefer Riss zwischen den Schwesterparteien. Noch im Mai hatte *Horst Seehofer* mit einem eigenständigen CSU-Wahlkampf in Abgrenzung zu *Merkels* Flüchtlingspolitik geliebäugelt. Erst die als Bedrohung wahrgenommene Nominierung von *Martin Schulz* zwang die Unionsparteien zu einem Schulterschluss.¹⁴ Auf einem Versöhnungsgipfel Anfang Februar bekannte sich *Seehofer* zu *Merkel* als gemeinsamer Spitzenkandidatin. Die inhaltlichen Differenzen in der Flüchtlingsfrage wurden dabei jedoch nicht gelöst, sondern lediglich ausgeklammert.

Angesichts des Höhenflugs von *Martin Schulz* und der SPD in den Umfragen machte sich bei der Union zeitweise Ratlosigkeit und Nervosität breit. *Merkels* Strategie, ihren Gegenkandidaten anscheinend durch konsequentes Totschweigen klein halten zu wollen, sahen immer mehr ihrer Parteifreunde als unzureichend an. Der CSU-Bundestagsvizepräsident *Johannes Singhammer* befürchtete Mitte März eine sich anbahnende Wechselstimmung. Und während *Merkels* Generalsekretär *Peter Tauber* vor „Schmutzkampagnen“ warnte, kamen aus anderen Teilen der Union zunehmend polemische Attacken gegen *Schulz*. *Schäuble* verglich den SPD-Kanzlerkandidaten mit *Trump*.¹⁵ Sein Staatssekretär *Jens Spahn* wettete, „Herr *Schulz* aus Brüssel“ stelle die Interessen seiner „kommunistischen Freunde in Athen“ über die der deutschen Steuerzahler.¹⁶

13 Zudem überwog die mediale Auffassung, dass die „Absage *Merkels* die CDU in Turbulenzen gestürzt“ hätte. *Robert Roßmann*, Merkel tritt wieder an, in: SZ online vom 20. November 2016, <http://www.sueddeutsche.de/politik/bundestagswahl-merkel-tritt-wieder-an-1.3258910> (Abruf am 29. März 2018).

14 Vermutlich in Hinblick auf die AfD betonte *Seehofer*, man müsse „den Wählern (...) dann klar machen, dass sie nicht *Merkel*, sondern die CSU wählen“. „Seehofer droht CDU mit eigenem CSU-Wahlkampf“, in: Der Tagesspiegel online vom 7. Mai 2016, <https://www.tagesspiegel.de/politik/uneinigkeit-in-der-union-seehofer-droht-cdu-mit-eigenem-csu-wahlkampf/13562838.html> (Abruf am 29. März 2018).

15 *Schäuble* unterstellte *Schulz*, „fast wortwörtlich *Trump*“ zu sein. „Schäuble vergleicht Schulz mit Trump“, in: Spiegel online vom 10. Februar 2017, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wolfgang-schaeuble-vergleicht-martin-schulz-mit-donald-trump-a-1133973.html> (Abruf am 29. März 2018).

16 *Gregor Peter Schmitz*, Linke wollen gegen die Grundlage unseres Wohlstandes putschen, in: Wirtschaftswoche online vom 23. Februar 2017, <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/jens-spahn-linke-wollen-gegen-die-grundlage-unseres-wohlstandes-putschen/19429556.html> (Abruf am 28. März 2018).

Nach der dreifachen Landtagswahl-Pleite der SPD und dem Verpuffen des *Schulz*-Hypes kehrte bei der Union jedoch schnell wieder Gelassenheit ein. Der Druck, das eigene Profil zu schärfen, nahm ab, und als im Spätsommer die ersten CDU-Wahlplakate in den Straßen hingen, schien es fast so, als seien die vergangenen zwei Jahre nie passiert. Der Slogan „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“ (beziehungswise #fedidwgugl) signalisierte Kontinuität und Stabilität – verkörpert in der besonnenen und international hoch geachteten Staatsfrau *Angela Merkel*. Beim Flüchtlingsthema trat die Kanzlerin mit dem Versprechen an, das Jahr 2015 dürfe sich nicht wiederholen, vermied jedoch jegliches Schuldeingeständnis. Auch die Plakate der CDU waren rhetorisch eine ausgestreckte Hand in alle politischen Richtungen. Sätze wie „Europa stärken heißt Deutschland stärken“, umgeben von Schwarz-Rot-Gold und der Europaflagge, sollten liberale Kosmopoliten und traditionsbewusstere Unionswähler gleichermaßen ansprechen.¹⁷ Die CSU betonte wie gewohnt das Thema Innere Sicherheit etwas stärker, doch auf den Wahlplakaten zeigte man mit der Abbildung von *Seehofer* und *Merkel* demonstrative Einigkeit.

Handwerklich erwies sich der CDU-Wahlkampf durchaus als innovativ, besonders im digitalen Bereich. Durch die Wahlkampf-App „Connect17“ kam datenbasiertes Wähler-Targeting erstmals im Straßenwahlkampf zum Einsatz. Zwar erlaubten deutsches Datenschutzrecht und kleinere Wahlkampfbudgets die massenhafte Erstellung und Auswertung digitaler Wählerprofile nicht in dem Ausmaß, wie sie in den USA regulär praktiziert werden. Dennoch konnten Wahlkampfhelfer mit der App Straßenzüge und sogar spezifische Adressen identifizieren, wo sich die Umwerbung von Wählern besonders lohnte.¹⁸

2.2. Die SPD

In der ersten Hälfte der Wahlperiode vermochte die SPD trotz ihrer sozialpolitischen Erfolge – Mindestlohn, Rente mit 63 – kaum von der breiten Zustimmung zur Großen Koalition zu profitieren, der Abstand zur Union blieb konstant hoch. Seit Ende 2015 verlor sie – etwas zeitversetzt zur Union – kontinuierlich an Wählerstimmen; die Partei und ihr Vorsitzender *Sigmar Gabriel* verharrten bis Anfang 2017 im Dauer-Umfragetief. *Gabriel*, als SPD-Vorsitzender erster Zugriffsberechtigter für die Position des Kanzlerkandidaten, vermochte zu keinem Zeitpunkt mit den Beliebtheitswerten der Kanzlerin Schritt zu halten und lag in der Kanzlerpräferenz – wie schon 2012 – durchweg deutlich hinter *Merkel*. Dies war nicht zuletzt dem für einen SPD-Vorsitzenden sperrigen Amt des Wirtschaftsministers geschuldet.¹⁹ Sein erklärtes Ziel zu zeigen, dass „die SPD auch Wirtschaft kann“, vermoch-

17 Laut CDU-Generalsekretär *Tauber* stehe die CDU für einen „aufgeklärten, offenen Patriotismus“. *Katharina Schuler*, Marketing ohne Inhalte, in: *Zeit online* vom 22. Juni 2017, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-06/cdu-bundestagswahlkampf-wahlplakate> (Abruf am 29. März 2018).

18 Der erfolgreiche Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen im April/Mai 2017 galt als Testlauf für „Connect17“. Vgl. *Philipp Kinne*, Wie die CDU den Straßenwahlkampf neu erfunden hat, in: *Augsburger Allgemeine online* vom 15. Mai 2017, <https://www.augsburger-allgemeine.de/donauwoerth/Wie-die-CDU-den-Strassenwahlkampf-neu-erfunden-hat-id41470431.html> (Abruf am 29. März 2018).

19 Nach seinem Wechsel in das Außenministerium avancierte er binnen kurzer Zeit zum beliebtesten Politiker.

te er durchaus unter Beweis zu stellen, das unter seiner Ägide anhaltend hohe Wirtschaftswachstum kam aber zu keinem Zeitpunkt seinem Image zugute. In den eigenen Reihen schlug negativ zu Buche, dass er qua Amt auch für die unverändert zahlreichen Rüstungsexporte verantwortlich war. Zudem galt vielen seine Haltung zu TTIP und zur Flüchtlingspolitik als wenig verlässlich und sprunghaft. Ende 2016 verbuchte er eine Reihe wichtiger persönlicher Erfolge, wie etwa die Zustimmung eines SPD-Parteitags zu dem EU-Freihandelsabkommen mit Kanada (Ceta), die Rettung von tausenden von Arbeitsplätzen bei Tengelmann sowie die Durchsetzung seines Parteifreundes *Frank-Walter Steinmeier* als gemeinsamen Kandidaten der Großen Koalition für das Amt des Bundespräsidenten. Da aber all dies weder zu einer Verbesserung seiner Zustimmungswerte noch zu einem Anstieg der SPD in der Wählergunst führte, entschied er Anfang Januar, dem laut Umfragen²⁰ mit signifikant besseren Erfolgschancen ausgestatteten *Martin Schulz* die Rolle des Kanzlerkandidaten und Parteivorsitzenden der SPD zu überlassen. Mit dieser Neukonfiguration begann das eigentliche Wahljahr 2017, in das die SPD wie schon 2012 ohne ausgearbeitete und auf den Kandidaten zugeschnittene Wahlkampfstrategie zog – im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl war die Vorbereitungszeit sogar deutlich kürzer.

Dies schien anfangs irrelevant, denn auch ohne Strategie und fertigem Wahlkampfteam schossen mit dem neuen Kandidaten an der Spitze die Umfragewerte der SPD in die Höhe, Mitte März lag sie erstmals seit 2011 in den Umfragen wieder gleichauf mit der Union, die schon zuvor präferierte rot-rot-grüne Koalition schien auf einmal eine realistische Perspektive. Viele Wähler dürften sich von dem Grundtenor seiner ersten Reden als frisch gekürter SPD-Kanzlerkandidat angesprochen gefühlt haben, als *Schulz* „das Zusammenführen der Gesellschaft“ als sein wichtigstes Anliegen bezeichnete und forderte, dass der Lebensleistung der „hart arbeitenden Menschen“ wieder mehr Respekt gezollt werde müsse. In seinen ersten Verlautbarungen schwang als Grundton der alte Wertekanon der SPD durch, was manchen abgewanderten SPD-Wähler wieder zur – wie sich herausstellen sollte: kurzfristigen – Rückkehr zur früheren Parteipräferenz animierte.²¹

Zu Beginn war der SPD-Wahlkampf verständlicherweise weniger inhaltlich als personalisiert ausgerichtet. Um *Schulz* einem breiteren Publikum bekannter zu machen, wurden seine Lebensgeschichte, inklusive schwieriger Jugend, sowie seine Wurzeln in der Lokalpolitik hervorgehoben. *Schulz* präsentierte sich als volksnah, sozial engagiert und energisch. Inhaltlich setzte er von Beginn seinen Schwerpunkt auf soziale Themen, distanzierte sich von einigen Aspekten der Agenda 2010 und wartete auch mit Änderungsvorschlägen auf – etwa der Einführung eines „Arbeitslosengeldes Q“ für Menschen in Weiterbildung. Unter der Überschrift „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ wurden eine Reihe weiterer sozialpolitischer Ideen vorgestellt, denen aber ein verbindendes Narrativ fehlte.²²

20 Die FAZ vom 25. Januar 2017 veröffentlichte auf ihrer Titelseite eine heimlich abfotografierte Grafik dazu.

21 Da die Partei es in der Euphorie über den unverhofften Aufschwung versäumte, die Ursachen dafür gründlich zu erforschen, blieben die Motive für diesen Wechsel weitgehend im Unklaren.

22 So schrieb *Heribert Prantl*, dass es zur Abwendung der Niederlage der SPD „mehr gebraucht [hätte] als ein nettes Wahlprogramm – dazu hätte es einer Vision bedurft [...] Die SPD gewinnt nichts, weil sie nichts wagt. Sie muss eine Alternative anbieten, kein Alternativlein.“ Vgl. *ders.*, Der Wahlkampf beginnt erst am 25. September, in: SZ online vom 8. August 2017, <http://www.sueddeutsche.de/politik/bundestagswahl-die-spd-gewinnt-nichts-weil-sie-nichts-wagt-1.3620486> (Abruf am 29. März 2018).

Den ersten Rückschlag verzeichnete *Schulz* schon bei der saarländischen Landtagswahl Ende März 2017, die er als erste Etappe auf dem Wege zum Wahlsieg der SPD bei der Bundestagswahl ausgerufen hatte. Für die saarländischen Wähler stand aber die Landespolitik im Vordergrund, und hier hatte die CDU ihrer hoch angesehenen Ministerpräsidentin *Annegret Kramp-Karrenbauer* klar die besseren Karten. Wenig hilfreich dürfte auch gewesen sein, dass *Schulz* für eine Koalition mit der Linken eintrat, denn gerade im Saarland hatten viele SPD-Anhänger *Oskar Lafontaine* den Wechsel zur Linken nie verziehen.²³ Am Ende musste *Schulz* am Tag nach der Wahl ein eigentlich achtbares Ergebnis der saarländischen SPD als Niederlage vermelden. Aus dem schlechten Abschneiden zog die SPD zwei Konsequenzen: Die Koalitionsentscheidung wurde wieder offen gehalten, sogar ein Zusammengehen mit der FDP wurde als Möglichkeit propagiert; und *Schulz* hielt sich – nicht zuletzt auf Betreiben der SPD-Landesverbände – in den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen zurück. Letztlich erwies sich dies für beide Seiten als problematisch: *Schulz* verschwand für Wochen fast völlig in der Versenkung, und in beiden Ländern wählten die Bürger die SPD-Landesregierung ab. Besonders deutlich und bitter fiel die Niederlage im „Stammland“ der Sozialdemokraten, in Nordrhein-Westfalen, aus, wo die Landesregierung 13 Punkte verlor und die SPD knapp hinter die Union zurückfiel. Auf den Bundestagswahlkampf der Partei wirkte dies verheerend, die kaum angelaufene Kampagne verlor vollends an Schwung.

Im Sommer setzte die SPD auf eine Reprofilierung als Friedenspartei, indem sich *Schulz* deutlich gegen die von *Trump* vorgebrachte Forderung nach Einhaltung des Zwei-Prozent-Finanzierungsziels der NATO aussprach und sich damit demonstrativ von der zurückhaltenden Position der Union in dieser Frage absetzte.²⁴ Trotz großer Rüstungskepsis in der deutschen Bevölkerung ging die Rechnung nicht auf. Die SPD versäumte es zudem, klare Position zu beziehen zu der aus Sicht der Wahlbevölkerung wichtigsten Herausforderung für die deutsche Politik: der Zuwanderung. Mitte Juli nahm sich *Schulz* zwar des Themas an und warf *Merkel* vor, sie würde das Problem totschweigen, während sich im Mittelmeer neue Flüchtlingsströme anbahnten. Aber ihm gelang es ebenso wenig wie schon zuvor *Gabriel*, der in der Migrationspolitik gespaltenen Bevölkerung eine programmatische Brücke zu bauen, eine Spaltung, die auch mitten durch die SPD-Wählerschaft verlief.²⁵ Die einen sahen in der hohen Zuwanderung der letzten Jahre eine Bereicherung, andere empfanden

23 Dass die Bundes-SPD als Konsequenz aus der Niederlage für den Bund eine Ampel-Koalition unter Einschluss der bis dahin geschmähten FDP als Option ins Spiel brachte, wirkte eher panisch als durchdacht.

24 Berichten des Spiegel zufolge hoffte man in der SPD, *Merkel* für ihr Bekenntnis zum Zwei-Prozent-Ziel in die Nähe des unbeliebten US-Präsidenten zu rücken. Allerdings wurde dies *Schulz* als Akt der Verzweiflung ausgelegt, um nach den verlorenen Landtagswahlen und schlechten Umfragewerten „zu retten, was noch zu retten ist“. *Klaus-Dieter Frankenberger*, Warum Schulz unseriös argumentiert, in: FAZ online vom 26. Juni 2017, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kommentar-warum-schulz-unseriös-argumentiert-15078234.html> (Abruf am 29. März 2018).

25 Im Januar / Februar 2017 stimmten 43 Prozent der SPD-Wähler der Aussage zu, „der deutsche Staat soll den Zuzug von Ausländern unterbinden, damit es nicht zu einer Überlastung der Sozialsysteme kommt“. 33 Prozent der SPD-Wähler sprachen sich dagegen für weitere Zuwanderung aus, 24 Prozent äußerten sich indifferent. Ergebnis im Rahmen der Online-Panelerhebung „Soziale Lebenslagen“ im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung.

dies eher als Bedrohung.²⁶ Ungeachtet der thematischen Breite des SPD-Wahlkampfes kam ein Thema auffällig zu kurz: Europa. Im Willy-Brandt-Haus riet man *Schulz* zu Beginn des Wahlkampfes, vorerst innenpolitische Kompetenz zu demonstrieren und sich außen- und europapolitisch eher zurückzuhalten. So konnte er seine als ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments ausgewiesenen Kompetenzen zu keinem Zeitpunkt ausspielen.²⁷ Auch nachdem *Macron* Anfang Mai mit einem dezidiert proeuropäischen Programm die französische Präsidentschaftswahl gewonnen hatte, blieb Europa im SPD-Wahlkampf allenfalls ein Nebenthema.

Im Umgang mit der Kanzlerin schwankte *Schulz* zwischen massivem Angriff und ausgesuchter Zurückhaltung. In seiner Parteitagrede am 25. Juni in Dortmund attackierte er *Merkels* Strategie der asymmetrischen Demobilisierung massiv an und bezeichnete sie als einen „Anschlag auf die Demokratie“. Im Kanzlerduell nahm er den Vorwurf gleich eingangs zurück und verzichtete in der gesamten Debatte auf jegliche Angriffe auf *Merkel* – was angesichts der zu dem Zeitpunkt fast aussichtslosen Lage der SPD überraschte und wenig zielführend war. Vor allem versäumte er es wiederum, seinen letzten und entscheidenden Auftritt vor einem Millionenpublikum zu nutzen, um seine Vorstellung von einem gerechten Deutschland zu erläutern. Das zentrale Thema seines Wahlkampfes „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ kam in der eineinhalbstündigen Debatte fast nicht vor.²⁸ Am Ende konnte *Merkel* die Zuschauer eher überzeugen – und lag erstmals bei einem solchen Duell in den Zuschauerbefragungen vorne.

2.3. Die Linke

Wie schon 2013 war die Linke mit der Frage von Rot-Rot-Grün konfrontiert und auch diesmal war sich die Partei uneins, ob man sich SPD und Grünen annähern oder doch lieber auf Eigenständigkeit und Prinzipientreue setzen sollte. Anders als vor der letzten Bundestagswahl schien es Mitte 2016 jedoch auch unter SPD und Grünen echtes Interesse an einem rot-rot-grünen Projekt zu geben. Bundesgeschäftsführer *Matthias Höhn* veröffentlichte im September 2016 ein Strategiepapier, das den Weg ebnen sollte. Statt der gewohnten Rhetorik von den übrigen Parteien als „Konsenssoße“ (*Gregor Gysi*) wurden diese hierin explizit in „Gegner“ (Union, FDP, AfD) und „Konkurrenten“ (SPD, Grüne) unterteilt.

26 Auch die Forderung nach einer europäischen Lösung und gerechten Verteilung der Flüchtlinge wirkte wenig überzeugend, denn schon die amtierende Große Koalition hatte dies nicht erreichen können. Vgl. *Florian Gathmann*, Eine notwendige Debatte, in: Spiegel online vom 24. Juli 2017, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/martin-schulz-und-die-fluechtlingskrise-eine-notwendige-debatte-a-1159400.html> (Abruf am 29. März 2018).

27 In einem nach der Wahl veröffentlichten und vielzitierten Bericht des Spiegel zum SPD-Wahlkampf beklagte *Schulz* diese ihm aufgetroffene Zurückhaltung. Vgl. *Markus Feldenkirchen*, Die Martin-Schulz-Story, in: Spiegel online, https://magazin.spiegel.de/SP/2017/40/153535177/index.html?utm_source=spon&utm_campaign=centerpage (Abruf am 11. April 2018).

28 *Heribert Prantl* betitelte seinen Kommentar „Duell versemelt“ und schrieb, *Schulz* sei „zu brav, zu bieder, zu konziliant, zu wenig machtbewusst“ aufgetreten und habe vor allem die Unterschiede seiner Politik gegenüber der *Merkels* nicht deutlich machen können. Vgl. *ders.*, Duell versemelt, in: SZ online vom 3. September 2017, <http://www.sueddeutsche.de/politik/tv-duell-duell-versemelt-1.3652009> (Abruf am 29. März 2018).

Das Papier erkannte eine Koalition mit der SPD als notwendige Voraussetzung für die Ablösung von *Angela Merkel* an, und auch die inhaltlichen Eckpunkte waren ein Kompromissangebot an die SPD. So war beispielsweise von der Abschaffung von Hartz IV keine Rede mehr, lediglich von einer Anhebung auf 500 Euro. Die schwierigsten außenpolitischen Streitpunkte wurden jedoch vorerst ausgeklammert.²⁹

Ende 2016 regte sich vom linken Flügel allerdings heftiger Widerstand gegen *Höhns* Papier. Bei der Verabschiedung der Wahlkampfstrategie durch den Parteivorstand fielen dessen Vorschläge größtenteils durch. Statt angestrebtem Regierungswechsel wurde nun vor allem die Forderung nach einem „eigenständigen Wahlkampf“ der Partei betont, zumal die SPD nach dem Scheitern von Rot-Rot im Saarland auch im Bund eine „R2G-Koalition“ im Bund nicht weiter propagierte. Der Parteitag der Linken im Juni 2017 wurde der letzte Sargnagel im rot-rot-grünen Projekt. Außenpolitische Stolpersteine wie die Forderung nach der Auflösung der NATO wurden bestätigt. Der linke Flügel scheiterte zwar mit dem Antrag, die Partei auf einen reinen Oppositionswahlkampf zu verpflichten, doch die frisch gewählte Spitzenkandidatin *Sarah Wagenknecht* ließ in ihrer Rede wenig Zweifel daran, dass die Linke keine Chance mehr auf Rot-Rot-Grün sah.³⁰

Der Wahlkampf litt fortan am Widerspruch, einerseits den Willen nach einem „Politikwechsel“ und einer Ablösung *Merkels* zu betonen, andererseits aber keine Machtoption zu formulieren. In vorherigen Kampagnen war dieser Widerspruch für die Linke weniger problematisch gewesen, da sie auf Bundesebene die Rolle der Protestpartei besetzt hatte. Dieser Titel wurde ihr, besonders im Osten, jedoch zunehmend von der AfD streitig gemacht. Die Tatsache, dass sich in diesem Wahlkampf Wut und Ängste der Protestwähler in der Flüchtlingsfrage bündelten, stellte die Partei vor ein Dilemma. Ein Großteil, inklusive der Vorsitzenden *Bernd Riexinger* und *Katja Kipping*, hielt zum migrationsfreundlichen Parteiprogramm. *Wagenknecht* und *Lafontaine* begannen jedoch angesichts der Stimmung auch in Teilen der Linken-Wählerschaft, sich zunehmend von der Haltung ihrer Partei zu distanzieren. Ohne Machtoption und ohne klare Position in der Flüchtlingskrise spielte die Linke im Endspurt des Wahlkampfs nur noch eine untergeordnete Rolle. Während andere kleine Parteien vom Absturz der Volksparteien deutlich profitierten, konnte die Linke nur leicht zulegen.

2.4. Die Grünen

Die Grünen bestimmten ihr Spitzenduo wiederum per Urwahl, die nicht ohne Kontroversen verlief. Besonders der Mangel einer Gegenkandidatin zu *Katrin Göring-Eckardt* sorgte an der Basis für Unmut. Auf männlicher Seite setzte sich Realo-Favorit *Cem Özdemir* indes nur äußerst knapp gegen Schleswig-Holsteins Umweltminister *Robert Habeck* durch.

29 Dies wurde mitunter als „klares Bekenntnis für Rot-Rot-Grün“ gewertet. *Anna Lehmann*, Die linke Bundesregierung, in: taz online vom 13. September 2017, <http://www.taz.de/!5336037> (Abruf am 29. März 2018).

30 Auch *Schulz* griff *Wagenknecht* an, als sie in ihrer Rede davon sprach, dass Politikwechsel nicht „Raute oder Zottelbart im Kanzleramt“ bedeutete. MDR Aktuell, Linke beschließt schwer erfüllbare Wunschliste für Koalition, in: MDR online vom 11. Juni 2017, <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/wagenknecht-wahlprogramm-linke-parteitag-hannover-100.html> (Abruf am 29. März 2018).

Den Achtungserfolg des an der Basis populären Außenseiters werteten viele als Ausdruck von Unzufriedenheit gegenüber der zunehmenden Dominanz des Realo-Flügels.³¹ Unter dem Duo *Özdemir / Göring-Eckardt* schlug die Partei im Wahlkampf in der Tat einen pragmatischen Kurs ein, besonders in der Wirtschaftspolitik.

Anders als bei der letzten Wahl bemühten sich die Grünen um ein scharfes Profil insbesondere in der Umweltpolitik. Hier warteten sie mit ambitionierten Forderungen auf: Ausstieg aus dem Kohlestrom, Ende des Verbrennungsmotors bis 2030, sofortige Abschaltung der 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke sowie Abschaffung der Stromsteuer zugunsten einer CO₂-Steuer. Die zweite Säule des grünen Wahlkampfs bildete die klare gesellschaftspolitische Positionierung gegen die AfD und, zumindest in der Flüchtlingspolitik, auch gegen die CSU. Mit Blick auf eine künftige Regierungsbeteiligung wurden rote Linien gezogen mit der Forderung nach voller Wiederherstellung des Rechts auf Familiennachzug sowie der Ablehnung von Obergrenzen und Abschiebungen nach Afghanistan. Große Hoffnungen setzten die Grünen ursprünglich auch auf das Thema „Ehe für Alle“, deren Einführung auf ihrem Parteitag im Juni zur Bedingung eines Koalitionseintritts erklärt worden war. Letzteres erübrigte sich allerdings durch die überraschende parteiübergreifende Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes kurz vor der Wahl. Explizit „linke“ Forderungen, etwa nach Steuererhöhungen, spielten kaum eine Rolle. Damit zog man die Lehre aus dem wenig erfolgreichen letzten Wahlkampf, in dem die Grünen ihre Kernthemen Ökologie und Gesellschaftspolitik vernachlässigt und sich mit der Forderung nach einem „Veggie Day“ zudem den Ruf einer „Bevormundungs-Partei“ eingehandelt hatten.

Insgesamt sprach der grüne Wahlkampf geschickt beide Kernwählerschichten der Partei an: Das linksalternative Milieu wurde vor allem im Bereich Flüchtlingspolitik zufriedengestellt, bürgerliche Wähler mit einer zurückhaltenden Sozialpolitik, ohne sie mit zu weitreichenden steuerpolitischen Forderungen zu verschrecken. Beide Flügel wurden zudem in der starken Betonung des Kernthemas Umwelt zusammengeführt.

2.5. Die FDP

Der Wahlkampf der FDP war in Ton und Stil stark auf Parteichef und Spitzenkandidat *Christian Lindner* zugeschnitten. *Lindner* hatte die Partei nach ihrem historischen Debakel von 2013 übernommen und unterzog sie bald einer umfassenden Neuaufstellung. Die FDP präsentierte sich fortan als unbequeme und mutige Modernisierungspartei, inhaltlich konzentriert auf die Zukunftsthemen Bildung und Digitalisierung – stets versehen mit *Lindners* Konterfei. Zu Beginn des Wahlkampfs ließ sich der FDP-Chef in schwarz-weißer Instagram-Model-Pose ablichten. Die daraus entstandenen Bilder dienten als Motive für die meisten Wahlplakate wie auch für die Beiträge in den sozialen Medien. Gemeinsam mit den aufgedruckten Aussagen vermittelten diese ein jugendlich-hippes, freches Flair, das die Marke „FDP 2.0“ ästhetisch untermauerte. Neuer Stil und neue Themensetzung sollten das

31 Das Abstimmungsergebnis fiel denkbar knapp aus: *Özdemir* erhielt 12.204 Stimmen (35,96 Prozent) und *Habeck* 12.129 Stimmen (35,74 Prozent). Vgl. *Anne Meiritz*, *Özdemirs Wackelpartie*, in: Spiegel online vom 18. Januar 2017, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/buendnis-90-die-gruenen-cem-oezdemir-spitzenkandidat-das-bedeutet-die-urwahl-a-1130510.html> (Abruf am 29. März 2018).

Gegengift sein zum verstaubten Image der steueroptimierenden Altherrenpartei von 2009 bis 2013. Mit einem neuen Logo auf magentafarbenem Hintergrund, das die Initialen der Partei verkleinert darstellte und dafür den Titel „Freie Demokraten“ hervorhob, hatte man sich bereits symbolisch von der „alten“ blau-gelben FDP verabschiedet.³²

Darüber hinaus profilierten sich die Freidemokraten im Wahlkampf über die Themen Flüchtlingspolitik und Euro-Reform. In der Flüchtlingsfrage umwarb die FDP jene Wählergruppe, die *Merkels* Politik kritisch sah, für die ein Kreuz bei der AfD aber nicht infrage kam. So distanzierte *Lindner* sich stets vom völkischen Nationalismus der AfD, betonte aber gleichzeitig, es gebe „kein Menschenrecht, sich seinen Standort auf der Welt selbst auszusuchen“³³. Kanzlerin *Merkel* warf er indessen mangelnde Rechtsstaatlichkeit in der Flüchtlingspolitik vor und forderte im April 2017 sogar einen entsprechenden Untersuchungsausschuss.³⁴ Des Weiteren besetzte die FDP jene Nische wirtschaftsliberaler Eurokritik, die die alte *Lücke*-AfD hinterlassen hatte – wenn auch in abgeschwächter Form. Vor dem Hintergrund wachsender Forderungen aus Frankreich nach einer Vertiefung der Eurozone betonte *Lindner* immer wieder, es dürfe keine „Geld-Pipeline“ aus Deutschland nach Südeuropa geben. Das FDP-Wahlprogramm plädierte zudem für ein Auslaufen des Euro-Rettungsschirms und den Austritt Griechenlands aus der Eurozone.³⁵

Besonders gegen Ende des Wahlkampfs setzte *Lindner* zunehmend auf die Taktik der gezielten Provokation, nicht nur mit seiner Forderung nach einem Untersuchungsausschuss, sondern beispielsweise auch mit der viel beachteten Aussage, man müsse die russische Annexion der Krim als „dauerhaftes Provisorium“ hinnehmen. Neben medialer Aufmerksamkeit dienten solche Provokationen auch *Linders* Inszenierung als unerschrockener Kämpfer, der kein Blatt vor den Mund nimmt. Das kontroverse, aufrührerische und ungeduldige Image der Partei war der Gegenentwurf zu *Merkels* Konsens-Politik und Strategie der asymmetrischen Demobilisierung. Dagegen wolle man, wie Bundesgeschäftsführer *Marco Buschmann* es formulierte, eine „Repolitisierung der Menschen“ vorantreiben.³⁶ Im Kontrast zum Wahlkampf von *Martin Schulz* zeigten *Lindner* und die FDP, dass Kritik an *Merkels* Politikstil durchaus eine erfolgreiche Wahlkampfstrategie sein konnte.

32 Vgl. *Thorsten Jungholt*, Guckst Du! Die FDP wirbt mit Lindner als Popstar, in: Die Welt online vom 10. Juli 2017, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article166509105/Guckst-Du-Die-FDP-wirbt-mit-Lindner-als-Popstar.html> (Abruf am 29. März 2018).

33 In einem BILD-Interview betonte *Lindner*, dass Flüchtlinge einen temporären Schutz in Deutschland genießen, der mit dem Ende des Krieges im Herkunftsland erlösche. Vgl. *Karina Mössbauer*, *Linders* Knallhart-Forderung im Fakten-Check, in: Bild online vom 7. September 2017, <https://www.bild.de/politik/inland/christian-lindner/lindner-nachdrehe-53134760.bild.html> (Abruf am 29. März 2018).

34 Ein Untersuchungsausschuss hat nach der Bundestagswahl 2017 in der FDP-Fraktion keine Priorität. *Lindner* schloss eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der AfD kategorisch aus. Vgl. *Severin Weiland*, Warum die AfD auf Schützenhilfe der FDP hofft, in: Spiegel online vom 16. Januar 2018, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-hofft-auf-fdp-untersuchungsausschuss-gegen-angela-merkel-a-1188186.html> (Abruf am 29. März 2018).

35 Vgl. *Alexander Mühlauer*, Albtraum für Europa, in: SZ online vom 21. September 2017, <http://www.sueddeutsche.de/politik/koalition-albtraum-im-lysee-1.3673073> (Abruf am 29. März 2018).

36 *Thorsten Jungholt*, a.a.O. (Fn. 32).

2.6. Die AfD

Die AfD machte nach der Bundestagswahl 2013 vor allem durch Personalquerelen auf sich aufmerksam. Auf ihrem Leipziger Parteitag wurde ihr Parteigründer *Bernd Lucke* abgewählt, worauf dieser aus der AfD austrat und eine neue Partei gründete, die allerdings weitgehend bedeutungslos blieb. Unter den neuen Parteivorsitzenden *Frauke Petry* und *Jörg Meuthen* verschob sich das inhaltliche Profil der AfD – weg von wirtschaftsliberaler Euroskepsis hin zu nationalkonservativer bis rechtspopulistischer Einwanderungs- und Islamkritik. Anfang 2017 bahnte sich ein weiterer Rechtsruck an. Erst scheiterte *Petry* mit dem Versuch, *Björn Höcke* für Aussagen zum Holocaust-Mahnmal („Denkmal der Schande“) aus der Partei auszuschließen. Auf dem Parteitag im April scheiterte dann auch ihr „Zukunftsantrag“, der die Partei auf einen realpolitischen Kurs mit mittelfristigem Ziel der Regierungsbeteiligung ausrichten sollte. Spitzenkandidaten wurden der ausgewiesene *Petry*-Kritiker *Alexander Gauland* und die bis dahin weitgehend unbekannt *Alice Weidel*. *Weidel* hatte sich zuvor zwar wie *Petry* für den Parteiausschluss *Höckes* ausgesprochen und damit den Unmut der *Höcke*-Fraktion zugezogen, als junge weibliche Vertreterin des wirtschaftsliberalen Flügels der AfD galt sie aber als bestmögliche Alternative zu der in Ungnade gefallenen *Petry*.

Der Wahlkampf der AfD war geprägt von gezielter Provokation und rhetorischer Abgrenzung gegenüber den „Altparteien“. Inhaltlich setzte die AfD vor allem auf Migration und Identitätsfragen und vermied bewusst andere Themen – insbesondere im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Statt der Anti-Euro-Slogans von 2013 waren ihre Plakate nun geprägt von Aufrufen zur Verteidigung deutscher Kultur gegen Islam und Migration. Im Hintergrund sah man wahlweise blonde Frauen in Trachten und Bikinis oder bedrohliche Bilder von Burkas und Flüchtlingsbooten. Die taktischen Überlegungen hinter der Ausrichtung des AfD-Wahlkampfs gehen aus einem internen Strategiepapier hervor, das im Januar an die Öffentlichkeit gelangte. Unter der Überschrift „Dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben“ ist darin die Rede von „sorgfältig geplanten Provokationen“ als zentraler Wahlkampfakt. Man müsse „ganz gezielt und immer wieder politisch inkorrekt sein“. Die empörten Reaktionen aus Medien und „Altparteien“ wurden dabei bewusst einkalkuliert.³⁷ Die AfD profitierte dabei von dem zunehmenden Misstrauen gegenüber dem „politischen Establishment“, das auf der Wahrnehmung gegründet war, die etablierten Parteien würden vor allem die Sorgen über die Migrationspolitik der Bundesregierung nicht ausreichend ernst nehmen. Eigene Lösungsansätze würden von ihren Anhängern ohnehin nicht erwartet – so das Strategiepapier; sie setzten vielmehr darauf, dass die Partei „als Korrektiv Lernprozesse bei den Altparteien“ auslösen würde. Allgemein sah die AfD eine allzu breite inhaltliche Auseinandersetzung eher als Risiko.³⁸ Insbesondere ihre wirtschaftsliberalen Positionen wurden kaum thematisiert, da zu befürchten war, dass dies ihre in sozialen und ökonomischen Fragen gespaltene Wählerschaft irritieren könnte.³⁹

37 Vgl. *Thomas Leif*, Provokation statt Problemlösung, in: Tageschau online vom 23. Januar 2017, <https://www.tagesschau.de/inland/afd-strategiepapier-101.html> (Abruf am 29. März 2018).

38 In ihrem Strategiepapier heißt es: „Zu viele Themen führen zur Beliebigkeit und zur Verzettlung.“ Ebenda.

39 Vgl. ebenda.

In der heißen Phase des Wahlkampfes war es vor allem *Alexander Gauland*, der mit provokanten Aussagen das öffentliche Profil der AfD prägte. Ende August sagte er über die SPD-Integrationsbeauftragte *Aydan Özoguz*, man möge sie „in Anatolien entsorgen“. Wenig später tauchte ein Video auf, in dem *Gauland* das Recht beanspruchte, „stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“. Die Aussagen entfalteten die beabsichtigte Wirkung. Aus den übrigen Parteien kam prompt scharfe Verurteilung, und in den Talk-Runden der Öffentlich-Rechtlichen wurde wochenlang über die Zitate diskutiert. *Gaulands* Co-Spitzenkandidatin *Alice Weidel* war rhetorisch zurückhaltender, doch auch sie sorgte für Medienwirbel, als sie bei der TV-Debatte der kleinen Parteien demonstrativ das Studio verließ. Gemessen am starken Endspurt des AfD-Wahlkampfes, in dem die Partei in den Umfragen von acht auf 13 Prozent kletterte, scheint die Provokationsstrategie aufgegangen zu sein.⁴⁰

3. Das Wahlergebnis

Bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 waren insgesamt 61,7 Millionen Personen wahlberechtigt, gut 250.000 weniger als vor vier Jahren.⁴¹ Von ihrem Wahlrecht machten knapp 47 Millionen Gebrauch (+2,7 Millionen). Die Wahlbeteiligung wuchs entsprechend von 71,5 auf 76,2 Prozent – der höchste Anstieg seit 1953. Knapp 500.000 der abgegebenen (Zweit-)Stimmen waren ungültig, ein Rückgang um gut 100.000. Die Wähler konnten bei der 19. Bundestagswahl zwischen 34 Parteien entscheiden⁴² – nie war die Auswahl größer. In den 299 Wahlkreisen bewarben sich insgesamt 4.828 Kandidaten um ein Bundestagsmandat – nur 1998 lag die Bewerberzahl mit 5.062 schon einmal höher. Realistische Chancen auf den Einzug in den Bundestag konnten sich laut Vorwählerhebungen sieben Parteien machen: neben den im Bundestag bereits vertretenen (CDU, SPD, Linke, Grüne und CSU) waren dies die FDP und die AfD. Alle übrigen Parteien rangierten deutlich unter drei Prozent. Am Ende erzielte wiederum die CDU die meisten Stimmen (rund 12,5 Millionen oder 26,8 Prozent). Neben den Christdemokraten schafften weitere sechs Parteien den Einzug ins Parlament: die SPD mit 9,5 Millionen Stimmen (20,5 Prozent), die AfD mit 5,9 Millionen (12,6 Prozent), die FDP mit fünf Millionen (10,7 Prozent), die Linken mit 4,3 Millionen (9,2 Prozent), die Grünen mit 4,2 Millionen (8,9 Prozent) sowie die CSU mit 2,9 Millionen Stimmen (6,2 Prozent). Alle übrigen 27 Parteien teilten sich die verbleibenden 5,2 Prozent der gültigen Stimmen. Im 19. Bundestag bleiben damit rund 2,3 Millionen der abgegebenen Stimmen unberücksichtigt – 2013 waren es, nicht zuletzt wegen des knappen Scheiterns von FDP und AfD, noch knapp sieben Millionen Zweitstimmen gewesen.

40 Die AfD habe es geschafft, die mediale Themenagenda im Bundestagswahlkampf 2017 zu dominieren. Vgl. *Lucas Gerrits*, So gewinnen Sie die nächste Bundestagswahl. Oder nicht, in: Cicero online vom 3. Oktober 2017, <https://www.cicero.de/wahlkampf-strategien-bundestagswahl-afd-cdu-csu-spd-gruene-linke-fdp-analyse> (Abruf am 29. März 2018).

41 Quelle aller Daten in diesem Kapitel: Bundeswahlleiter.

42 Weitere acht Parteien traten ausschließlich mit Wahlkreiskandidaten an.

Alle drei Regierungsparteien verzeichneten herbe Verluste, sowohl absolut (-4,6 Millionen Stimmen) als auch prozentual (-13,7 Prozentpunkte). Der Niedergang der SPD zeichnete sich schon im Frühsommer ab, der Absturz der Unionsparteien kam zumindest in der Größenordnung überraschend. Noch in der Woche vor der Wahl wurde etwa die CSU in Bayern mit einem Stimmenanteil von 47 Prozent ausgewiesen, am Ende kam sie auf nur 38,8 Prozent. Profiteure dieser Absetzbewegung vieler Unionswähler waren vor allem FDP und AfD, die sich am Ende einen Zweikampf um die Position der drittstärksten Partei lieferten.

In Hinblick auf die Stimmenanteile ist die Dominanz der Volksparteien nicht mehr gegeben⁴³; bei den Direktmandaten blieb sie jedoch noch weitgehend erhalten. Ungeachtet der deutlichen Einbußen errang die Union 231 Direktmandate, nur unwesentlich weniger als 2013 (236). Die SPD gewann sogar trotz Stimmenverlusten ein Direktmandat hinzu (59 statt 58). Die übrigen neun Direktmandate verteilen sich auf die Linke (fünf – alle in Ostdeutschland), die AfD (drei – alle in Sachsen) und die Grünen (eines in Berlin). Die Dominanz der Volksparteien bei den gewonnenen Direktmandaten sowie die Vertretung von sieben statt fünf Parteien im Bundestag hatten eine massive Vergrößerung des Bundestages zur Folge. Aufgrund der Überhangmandate von CDU, SPD und CSU und deren Ausgleich auf der Grundlage des 2013 eingeführten neuen Wahlrechts erhöhte sich die Zahl der Sitze von regulär 598 auf jetzt 709 (2013: 631) – nur die chinesische Volkskammer umfasst mehr Abgeordnete.

Bis zur Bundestagswahl 2005 spiegelte die Verteilung der Erst- und Zweitstimmen das bis dahin gewohnte Lagerdenken wider: Viele Zweitstimmen-Wähler der FDP gaben ihre Erststimme den Unionsparteien, viele Wähler der Grünen gaben ihre Erststimme dem Direktkandidaten der SPD, jeweils in der – bei dem damals geltenden Wahlrecht berechtigten – Annahme, damit die Chancen des jeweiligen Lagers zu mehren. Dieses lagerorientierte Splittingverhalten ist heute zumindest im rot-grünen Lager nicht mehr ganz so eindeutig. Von den Grünen-Wählern votierte nur noch jeder Vierte mit seiner Erststimme für den SPD-Kandidaten, immerhin 13 Prozent für den Kandidaten der Union. Von den FDP-Wählern entschieden sich 40 Prozent mit der Erststimme für den jeweiligen Unionskandidaten, neun Prozent für den sozialdemokratischen Kandidaten. Das Stimmverhalten der AfD-Wähler zeigt große Ähnlichkeit mit dem der beiden Volksparteiwählerschaften: 80 Prozent gaben Erst- und Zweitstimme der AfD – vor vier Jahren waren es nur knapp die Hälfte.

3.1. Wahlverhalten nach Bevölkerungsgruppen

Union und SPD verzeichneten in allen Bevölkerungsgruppen deutliche Verluste. Ihre frühere Dominanz ist nur noch in der Altersgruppe der über 60-Jährigen erkennbar, wo sie gemeinsam einen Stimmenanteil von 63,9 Prozent erzielten⁴⁴, bei den unter 25-Jährigen nur noch 43,4 Prozent. Der Abstand zwischen stärkster (Union mit 25 Prozent) und schwächster Partei (AfD mit acht Prozent) betrug in dieser Gruppe nur noch 17 Punkte.

43 Vgl. *Oskar Niedermayer* (Hrsg.), *Handbuch Parteienforschung*, Wiesbaden 2013.

44 Alle Angaben hierzu aus der amtlichen Wahlstatistik der Bundestagswahl 2017.

Das muss nicht unbedingt das „Ende der Volksparteien“⁴⁵ bedeuten, aber das Schwinden ihrer Integrationskraft – in vielen westlichen Demokratien weit fortgeschritten – scheint auch in Deutschland unaufhaltsam.

Das typische Wählerprofil der Unionsparteien blieb ungeachtet der Verluste weitgehend erhalten: Wie 2009 und 2013 schnitten sie bei weiblichen Wählern deutlich besser ab⁴⁶ als bei den männlichen (36,4 zu 29,2 Prozent), wobei der Abstand einen neuen Höchstwert erreichte. Ihr Stimmenanteil sinkt mit der Höhe der formalen Bildung und steigt mit dem Lebensalter. Wie in der Vergangenheit erreichten sie ihr bestes Ergebnis bei den über 60-Jährigen mit 39,5 Prozent (2013: 48,4 Prozent); die 40-Prozent-Marke übertrafen sie diesmal nur noch bei den Frauen dieser Altersgruppe (43,6 gegenüber 51,8 Prozent 2013). Bei den unter 35-Jährigen fielen CDU/CSU auf 25 Prozent. Auch in Bezug auf den Bildungsgrad ist eine Differenzierung erkennbar: Hier lag das Unionsergebnis bei Personen mit niedriger formaler Bildung signifikant höher als bei Personen mit höherer Bildung (38 zu 31 Prozent⁴⁷). Ihren höchsten Stimmenanteil erzielte die Union bei katholischen Wählern (44 Prozent). Sie verlor in allen Gruppen an Stimmen, zweistellige Verluste verzeichnete sie bei den 24- bis 44-Jährigen, den Arbeitern, den Selbständigen und bei Personen mit mittlerer Bildung. Ungeachtet dessen blieb die Union in allen Bevölkerungsgruppen stärkste Kraft – mit Ausnahme der Arbeitslosen, deren Anteil aber zuletzt deutlich geschrumpft ist. Insgesamt gesehen mögen CDU und CSU damit ihr Wahlziel – keine Regierungsmehrheit ohne oder gar gegen sie – erreicht haben, ihre traditionelle Schwäche bei den jüngeren Kohorten und ihre zum Teil herben Verluste im Osten sind aber alles andere als eine verlässliche Grundlage für ihre Positionierung als dominante Volkspartei.

Die SPD weist im Hinblick auf Alter und formale Bildung eine vergleichbare Wählerstruktur auf wie die Union, bei allerdings durchweg deutlich niedrigeren Stimmenanteilen. Auch ihr Wähleranteil nimmt mit dem Alter zu und mit der Höhe des Bildungsgrades ab. In einer einzigen Bevölkerungsgruppe, den Arbeitslosen, war sie stärkste Partei. Dies aber nicht, weil sie dort zugelegt hätte, sondern weil die Union hier deutlicher verlor als die SPD (-10 gegenüber -3 Prozentpunkten). Die von beiden Volksparteien enttäuschten Arbeitslosen zogen weiter zur AfD, die mit 21 Prozent in dieser Gruppe auf Augenhöhe mit SPD (23 Prozent) und Union (20 Prozent) rangiert. Bei den 35- bis 44-jährigen Männern fiel die SPD hinter die AfD (14,9 zu 19,7 Prozent) auf den dritten Platz zurück, bei den Selbständigen sogar auf Platz vier, hinter Union, FDP und AfD. Ihre kräftigsten Verluste verzeichneten die Sozialdemokraten bei den Beamten (-10 Prozentpunkte), ihre höchsten Anteile erzielte sie bei Personen mit niedriger formaler Bildung (26 Prozent), bei männlichen Wählern über 60 Jahre (25,2 Prozent) sowie bei den Arbeitern (24 Prozent) – bei letzteren lag ihr Stimmenanteil 1998 noch doppelt so hoch. Da der Anteil der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung seither kontinuierlich gesunken ist, ist diese Entwicklung für den Niedergang der alten „Arbeiterpartei“ SPD zwar nicht ausschlaggebend, aber symptomatisch.

45 Thomas Jäger, Volksparteien müssen wieder kampagnenfähig werden, in: FAZ online vom 1. Dezember 2017, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-grossen-volksparteien-muessen-wieder-kampagnenfaehig-werden-15306613.html> (Abruf am 29. März 2018).

46 Zwischen 1998 und 2005 lag die SPD unter *Gerhard Schröder* bei den Frauen vorne.

47 Die Angaben zu Bildung, Religion und Beruf stammen aus dem ARD-Wahlreport, a.a.O. (Fn. 4).

Die leichten Zugewinne der Grünen verteilten sich relativ gleichmäßig über alle Bevölkerungsgruppen, weshalb sich die für sie typische Wählerstruktur kaum verändert hat. Am deutlichsten ist nach wie vor die ausgeprägte Differenzierung der Grünen-Wähler nach Bildung und Alter. Ihr Anteil bei den Höhergebildeten lag mit 14 Prozent mehr als dreimal so hoch wie bei Personen mit formal niedriger Bildung (vier Prozent). Auch haben die Grünen nach wie vor die jüngste Wählerklientel: Bei den Jungwählern (18 bis 24 Jahre) schnitten sie mit 11,9 Prozent weit besser ab als bei den über 60-Jährigen (5,1 Prozent). Zudem ist die grüne Wählerschaft noch etwas weiblicher geworden: Der Anteil bei den Frauen stieg auf 10,2 Prozent, bei den Männern verharrte er bei 7,6 Prozent. Den höchsten Zuspruch erfuhren Bündnis 90/Die Grünen bei jungen Frauen (17,8), den geringsten bei Männern über 60 Jahre (4,5 Prozent). Grün wählten zudem besonders häufig Beamte (16), Angestellte (elf) und Selbständige (zehn Prozent). Insgesamt gesehen bleiben Bündnis 90/Die Grünen eine Partei der höher gebildeten städtischen Eliten in Westdeutschland.

Die Linke verzeichnete in fast allen Altersgruppen leichte Gewinne, die am stärksten in den jüngeren Altersgruppen ausfielen (+3,1 Prozentpunkte). Ihren höchsten Anteil erzielte sie mit 10,9 Prozent bei den 25- bis 34-Jährigen. Die Linke setzt also erfolgreich den Verjüngungsprozess ihrer Wählerschaft fort, und unterscheidet sich damit deutlich von ihrer Vorgängerpartei PDS. Mit der Verjüngung geht allerdings eine stärkere Spreizung der Bildungsstruktur einher. Zugewinnen bei den formal Höhergebildeten (+2 Prozentpunkte) standen leichte Verluste bei Personen mit mittlerer und niedriger Bildung gegenüber. Im Hinblick auf Berufsgruppen erfuhr die Linke zwar nach wie vor am meisten Unterstützung bei Arbeitern (zehn) und Arbeitslosen (elf Prozent) – sie fiel allerdings deutlich geringer aus als zuletzt. Bei den Arbeitslosen halbierte sich sogar ihr Anteil gegenüber 2013 (elf statt 23 Prozent). In ihrer Wählerstruktur gleicht sich die Linke offenbar den Grünen immer stärker an, auch sie hat heute am meisten Rückhalt bei den jungen Höhergebildeten.

Die Liberalen legten in allen Bevölkerungsgruppen deutlich zu und blieben nirgends unter der Fünf-Prozent-Marke. Im Hinblick auf Alter und Bildung weisen sie ein ähnliches, allerdings bei weitem nicht so ausgeprägtes Wählerprofil wie die Grünen auf. FDP-Wähler sind in den höheren Bildungsschichten stärker vertreten als in den niedrigen (13 zu acht Prozent) und bei den jüngeren Wählern stärker als bei älteren (13,2 gegenüber 10,2 Prozent). Im Gegensatz zu den Grünen wurden sie traditionell eher von Männern als von Frauen gewählt (zwölf zu zehn Prozent), wobei die FDP diesmal vor allem bei männlichen Jungwählern ausgesprochen gut abschnitt (15 Prozent). Dank ihres nach wie vor eher wirtschaftsliberal ausgerichteten Profils fand sie bevorzugt bei Selbständigen Anklang, wo sie mit 19 Prozent ihren weitaus höchsten Wähleranteil erzielte und damit nur von den Unionsparteien übertroffen wurde.

Die AfD hat in den gut vier Jahren ihres Bestehens eine deutliche Ausweitung ihrer Wählerklientel vollzogen. 2013 galt sie noch als „Professorenpartei“, was sich in einem leicht überdurchschnittlichen Zuspruch von höher Gebildeten niederschlug. In dieser Gruppe konnte sie ihren Anteil immerhin von fünf auf jetzt neun Prozent steigern. Ihren Aufstieg zur dritstärksten Partei im neuen Bundestag verdankt die AfD allerdings den Wählern und Wählerinnen aus den unteren und vor allem den mittleren Bildungsschichten, bei denen sie diesmal auf einen Anteil von 14 beziehungsweise 17 Prozent kam. Dieser Wandel drückt sich wohl am deutlichsten darin aus, dass die AfD ihr bei weitem bestes Ergebnis bei den Arbeitern und Arbeitslosen mit jeweils 21 Prozent verzeichnete. Gleich-

wohl wäre es nicht zutreffend, sie als „Partei des Prekariats“ abzustempeln. Das Durchschnittseinkommen ihrer Klientel liegt nur unwesentlich unter dem der Gesamtbevölkerung; es gibt keinen linearen Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe und AfD-Wahl, wie Vorwählerhebungen belegen.⁴⁸ Auch bei den Selbständigen schnitt sie bei einem Wähleranteil von zwölf Prozent als drittstärkste Partei ab. Offenbar gelang es der AfD, neue Wähler aus unteren und oberen sozialen Schichten zu gewinnen. Besonders starken Zuspruch erfuhr sie in den mittleren Altersgruppen und bei Männern (jeweils 15 Prozent) – die einzige soziostrukturelle Konstante im Vergleich zu 2013.

3.2. Wahlverhalten nach Regionen

Das Wahlverhalten in den alten und den neuen Bundesländern fällt nach wie vor sehr unterschiedlich aus. Die einzige Gemeinsamkeit besteht darin, dass die Union in beiden Regionen – ungeachtet jeweils deutlicher Verluste – stärkste Partei blieb. Während sie aber im Westen den Abstand zur zweitstärksten Partei, der SPD, einigermaßen wahren konnte (12,3 Prozentpunkte), schrumpfte er im Osten deutlich von 16,5 auf jetzt 6,8 Punkte. Dort avancierte die AfD mit 20,5 Prozent zur zweitstärksten Kraft. Nichts drückt den Verlust der Vormachtstellung der CDU in den neuen Bundesländern besser aus als das Ergebnis in Sachsen. Dort verlor die einst stolze Sachsen-CDU knapp 16 Punkte und fiel mit einem Stimmenanteil von 26,9 Prozent hinter die nunmehr erstplatzierte AfD (27 Prozent) zurück.

Jahrelang stand vor allem das Abschneiden der PDS/Die Linke prototypisch für die Unterschiede im Wahlverhalten von Ost- und Westdeutschen. Im Kern blieben diese Unterschiede zwar erhalten, allerdings standen spürbaren Verlusten der Linken im Osten (-3,9) leichte Gewinne im Westen (+1,8 Prozentpunkte) gegenüber. Nach wie vor schneidet zwar die Linke im Osten deutlich besser ab als im Westen (17,3 zu 7,2 Prozent), ihr dortiges Ergebnis bescherte ihr aber deutlich mehr Mandate als in den neuen Bundesländern (43:26). Im Parlament ist die Linke keine primär ostdeutsche Partei mehr.

In den unterschiedlichen Wahlergebnissen in Ost und West spiegelt sich auch die Zuspitzung der Probleme der SPD wider. Im Westen konnte sie ungeachtet der Verluste wenigstens ihre Position als zweitstärkste Kraft klar behaupten, im Osten fiel sie dagegen vom dritten auf den vierten Platz hinter Union, AfD und Linke zurück und verlor ihren Nimbus als Volkspartei. Auf CDU und SPD entfielen in den neuen Ländern gerade einmal 41,9 Prozent der Stimmen; auf etwa ebenso viele Stimmen kamen dort die beiden Protestparteien AfD und Linke (37,8 Prozent) – in den alten Ländern fiel der Abstand mit 56,3 zu 17,9 Prozent noch einigermaßen „standesgemäß“ aus.

Auf Ebene der Bundesländer verzeichnete die Union überall Verluste, die allerdings in ihrer Höhe sehr unterschiedlich ausfielen. In ihren Hochburgen im Osten – Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt – aber auch im Westen – Bayern, Baden-Württemberg – verlor

48 Vgl. Rita Müller-Hilmer / Jérémie Gagné, Was verbindet, was trennt die Deutschen? Werte und Konfliktlinien in der deutschen Wählerschaft im Jahr 2017, Reihe: Forschungsförderung Report, Nr. 2/2018, https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_report_002_2018.pdf (Abruf am 3. April 2018). Siehe auch den Beitrag von Knut Bergmann, Matthias Diermeier und Judith Niehues in diesem Heft der ZParl.

sie zweistellig. Der traditionell stärkste Landesverband der CDU in Baden-Württemberg hatte schon bei der Landtagswahl seine Position als stärkste Partei eingebüßt, nun fiel er beim Bundestagswahlergebnis noch hinter die Landesverbände von Rheinland-Pfalz und Niedersachsen zurück. Die geringsten Verluste erlitt die CDU in Schleswig-Holstein sowie in den Stadtstaaten, wo sie allerdings auch weniger zu verlieren hatte. Noch härter traf es die CSU, die in Bayern bei 38,8 Prozent landete, weit entfernt von der angestammten absoluten Mehrheit. Regionale Aspekte spielten bei der Union eine untergeordnete Rolle, sie verlor in allen Wahlkreisen an Unterstützung. Unter den zehn Wahlkreisen mit den höchsten Stimmeneinbußen finden sich sieben sächsische sowie die grenznahen niederbayerischen Rottal-Inn, Straubing und Deggendorf – durchweg Wahlkreise, in denen die AfD überdurchschnittliche Ergebnisse einfuhr. Die geringsten Verluste vermeldete die CDU in Berlin (Friedrichshain-Kreuzberg und Pankow) sowie in Hamburg-Mitte, Kiel und Oberhausen – allesamt städtische Wahlkreise. Dies ändert aber nichts daran, dass die Union nach wie vor in ländlichen Regionen in der Regel besser abschneidet als in Großstädten. Das beste Erststimmenergebnis aller Kandidaten erzielte *Silvia Breher* für die CDU in Cloppenburg–Vechta mit 57,7 Prozent. Die meisten Erststimmen für die CSU holte *Emmi Zeulner* in Kulmbach (55,4 Prozent). In Bayern gewann die CSU im Übrigen wieder alle 46 Direktmandate. *Angela Merkel* konnte zwar ihr Direktmandat in Greifswald mit 44 Prozent klar behaupten, allerdings auch mit einem Stimmenverlust, der sogar über dem Landesdurchschnitt der CDU lag.

Die SPD verlor ebenfalls in allen sechzehn Bundesländern und kam nirgendwo über 30 Prozent – ein weiteres Novum in der bundesdeutschen Wahlgeschichte. Am besten schnitt sie in Niedersachsen (27,4), Bremen (26,8) und in Nordrhein-Westfalen (26,0 Prozent) ab. In NRW holte sie zwar ihre acht höchsten Wahlkreisergebnisse, dem stehen aber auch starke Einbußen im Ruhrgebiet gegenüber (-8,4 Prozentpunkte). Das mit Abstand schwächste Ergebnis fuhr die SPD in Sachsen (10,5 Prozent) ein, wo sie in sieben Wahlkreisen sogar unter zehn Prozent blieb. In sieben weiteren Ländern blieb sie deutlich unter der Zwanzig-Prozent-Marke, darunter drei Bundesländer mit SPD-geführten Regierungen: Berlin (17,9), Brandenburg (17,6) und Mecklenburg-Vorpommern (15,1 Prozent). Die höchsten Verluste verzeichnete sie in den beiden Stadtstaaten Hamburg (-8,9) und Bremen (-8,8 Prozentpunkte), wo sie ebenfalls den Regierungschef stellt.⁴⁹ Die meisten ihrer 59 Direktmandate gewann die SPD in Nordrhein-Westfalen (26), gefolgt von Niedersachsen (14). Dort holte *Johann Saathoff* in Aurich-Emden auch das beste Erststimmenergebnis (49,6 Prozent). Einen Achtungserfolg zielte der im Dezember frisch gewählte Generalsekretär der SPD, *Lars Klingbeil*, der sein Direktmandat mit dem zweitgrößten Abstand zum Zweitstimmenergebnis gewann (+14,1 Prozentpunkte). Und auch *Martin Schulz* setzte ein Ausrufezeichen: Sein Heimatwahlkreis Aachen II war der einzige, in dem die SPD an Zweitstimmen zulegte.

49 Dass die Bürger deutlich zwischen Bundestagswahl und Landtagswahlen unterscheiden, zeigte der Ausgang der Landtagswahl in Niedersachsen nur drei Wochen nach der Bundestagswahl. Dort steigerte die SPD ihr Ergebnis auf respektable 37 Prozent und wurde damit klar stärkste Partei. Zur Frage, ob das Wählerverhalten in Bund und Land unabhängig voneinander ist, siehe auch den Themenschwerpunkt in Heft 3/2007 der ZParl mit Beiträgen von *Oscar W. Gabriel* / *Everhard Holtmann*, *Kai-Uwe Schnapp*, *Kerstin Völkl* und *Evelyn Brislinger*.

Die Linke hat ihre Hochburgen – ungeachtet deutlicher Verluste (-3,9 Prozentpunkte) – nach wie vor im Osten der Republik. Ihr bestes Resultat mit 18,8 Prozent erreichte sie in Berlin, dem einzigen östlichen Bundesland, wo sie leicht zulegen konnte (+0,3 Prozentpunkte). Mit nur 16,9 Prozent enttäuschend fiel ihr Ergebnis in Thüringen aus, dem einzigen Bundesland, wo sie den Regierungschef stellt. In den westlichen Bundesländern gelangen ihr durchweg leichte Zugewinne, die stärksten in Bremen (+3,3 Prozentpunkte). Dort (13,4) sowie im Saarland (12,9) und in Hamburg (12,2 Prozent) erzielte sie ihre besten West-Ergebnisse. Vier ihrer fünf Direktmandate holte sie in Berlin sowie – erstmals – eines in Leipzig. Ihr bestes Erststimmenresultat verbuchte wie schon 2013 *Gregor Gysi* in Berlin-Treptow – Köpenick (39,9 Prozent).

Die Bilanz der Grünen fällt gemischt aus: Zugewinnen in sieben Bundesländern stehen leichte Verluste in den übrigen Ländern gegenüber. Zweitstellige Ergebnisse fuhren die Grünen in den drei Stadtstaaten sowie in Baden-Württemberg und in Schleswig-Holstein ein. Ihren höchsten Wähleranteil erreichte sie wie schon 2013 in Hamburg mit 13,9 Prozent, gefolgt von Baden-Württemberg mit 13,5 Prozent. In den fünf neuen Bundesländern schnitten sie deutlich am schwächsten ab und verloren dort sogar noch an Boden. Die Hochburgen der Grünen liegen weiterhin in den (West-)Metropolen. Ihre besten Ergebnisse erzielten sie in Stuttgart und München mit jeweils über 17 Prozent. Ihr einziges Direktmandat gewannen sie in Berlin, wo *Canan Bayram* den über Jahre von *Christian Ströbele* gehaltenen Wahlkreis Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer-Berg-Ost mit 26,3 Prozent verteidigen konnte. Ein noch besseres Ergebnis erzielte der Spitzenkandidat der Grünen, *Cem Özdemir*, der in Stuttgart I mit 29,7 Prozent der Erststimmen nur knapp dem örtlichen CDU-Kandidaten unterlag.

Die FDP vermochte nach ihrem Scheitern an der Fünf-Prozent-Klausel vor vier Jahren in allen Bundesländern souverän diese Hürde zu überwinden. Am besten schnitt sie in Nordrhein-Westfalen ab (13,1), knapp gefolgt von Baden-Württemberg (12,7) und Schleswig-Holstein (12,6 Prozent). Am meisten gewann sie dort hinzu, wo sie auf Landesebene in der Regierung vertreten ist: in Nordrhein-Westfalen (+7,9) und in Schleswig-Holstein (+7,0 Prozentpunkte), wo mit *Christian Lindner* und *Wolfgang Kubicki* ihre herausragenden Führungspersonen die Landesliste anführten. Auf deutlich schwächere Resonanz stießen die Liberalen in den östlichen Bundesländern und im Saarland. Ihr bestes Zweitstimmenergebnis auf Wahlkreisebene erzielten sie in Düsseldorf, das beste Erststimmenergebnis steuerte *Christian Lindner* im Wahlkreis Rheinisch-Bergischer Kreis mit 15,7 Prozent bei, womit er allerdings nur auf Platz drei landete. Als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien ging die FDP bei den Direktmandaten leer aus.

Die von allen Parteien weitaus größte regionale Streuung ihrer Wahlergebnisse weist die AfD auf. Der Abstand zwischen den zwei Bundesländern mit dem höchsten und dem niedrigsten Zweitstimmenergebnis betrug knapp 20 Prozentpunkte. Das beste Ergebnis erreichte sie in Sachsen, wo sie mit 27 Prozent stärkste Partei wurde. Danach folgen die anderen vier ostdeutschen Bundesländer Thüringen (22,7), Brandenburg (20,2), Sachsen-Anhalt (19,6) und Mecklenburg-Vorpommern (18,6 Prozent), in denen sie durchweg zweitstärkste Partei hinter der CDU wurde. Im Westen weist sie in der Wählergunst ein Nord-Süd-Gefälle auf: Den höchsten Zuspruch erfuhr sie in Bayern (12,4) und Baden-Württemberg (12,0), die geringste Unterstützung in Niedersachsen (9,1), Schleswig-Holstein (8,2) und Hamburg (7,8 Prozent). In ländlichen Regionen schnitt die Alternative für Deutschland etwas besser ab als in Großstädten, allerdings ist das Stadt-Land-Gefälle deutlich geringer

ausgeprägt als bei den Unionsparteien – und auch geringer als bei den meisten anderen rechtspopulistischen Schwesterparteien in Europa. Bemerkenswert sind die Erfolge der AfD auch auf Wahlkreisebene. In ihrer Hochburg Sachsen schafften es drei AfD-Kandidaten per Direktmandat in den Bundestag. Im Wahlkreis Görlitz schlug dabei *Tino Chrupalla* den damaligen sächsischen Spitzenkandidaten und heutigen Ministerpräsident *Michael Kretschmer*. Das weitaus beste Erststimmenergebnis der AfD blieb allerdings der seinerzeit noch amtierenden Parteichefin *Frauuke Petry* vorbehalten, die sich im Wahlkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge mit 37,4 Prozent der Erststimmen deutlich gegen den dortigen CDU-Kandidaten durchsetzte.

3.3. Wählerwanderung

Bei der Bundestagswahl trat ein, was sich bereits bei den Landtagswahlen 2016/2017 abgezeichnet hatte: Die Wahlbeteiligung wuchs um 4,6 Punkte auf 76,2 Prozent – der höchste Anstieg seit 1953. Von der höheren Wahlbeteiligung profitierten zwar alle Parteien, jedoch in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Die weitaus meisten Nichtwähler mobilisierten AfD (+1,2 Millionen) und FDP (+700.000), auf die fast 60 Prozent der Zuwächse entfielen.⁵⁰ Der Wähleraustausch zwischen den Parteien blieb, wie schon bei den zwei Bundestagswahlen zuvor, auf hohem Niveau (Pedersen-Index 15,0).

Die Union ging besonders geschwächt aus dieser Bundestagswahl hervor, weil ihre Zugewinne durch Mobilisierung vormaliger Nichtwähler (+380.000) ihre Verluste (-2,85 Millionen) bei weitem nicht ausgleichen konnten. Etwa die Hälfte ihrer abgewanderten Wähler verblieb im bürgerlichen Lager und wechselte zur FDP (1,36 Millionen). Fast eine Million (980.000) enttäuschter Unionswähler wechselte – primär aus Ablehnung der Flüchtlingspolitik *Merkels* – zur deutlich weiter rechts stehenden AfD. Ebenfalls Quelle größerer Verluste ist nach wie vor die Überalterung der Unions-Wählerschaft. Im Laufe der Wahlperiode verstarben mehr ehemalige Unions-Wähler, als bei den Erstwählern gewonnen werden konnten. Per Saldo blieb ein Verlust von 810.000 im Generationenwechsel.

Auch die SPD profitierte von der höheren Wahlbeteiligung (+360.000), verlor aber im Saldo 1,71 Millionen Stimmen. Damit verschärfte sich ihr seit 2002 anhaltender dramatischer Abwärtstrend noch, der 2013 gestoppt schien. Die Abwanderungsbewegungen führen das Dilemma der SPD aufgrund ihrer heterogenen Wählerschaft deutlich vor Augen: Sie verlor Wähler nach links in Richtung Linke (-430.000) und Grüne (-380.000) und nach rechts an FDP (-450.000) und AfD (-470.000). Wie die Union musste auch die SPD darüber hinaus Verluste infolge des Generationenwechsels und der Überalterung ihrer Wählerschaft hinnehmen (-380.000).

Die beiden Oppositionsparteien im 18. Bundestag konnten von den Verlusten der Regierungsparteien kaum profitieren. Beide gewannen zwar per Saldo jeweils knapp eine halbe Million neuer Wähler, was sich aber wegen der gestiegenen Wahlbeteiligung prozentual kaum auswirkte. Beide Parteien gewannen am meisten von der SPD: die Linke 430.000, die Grünen 380.000 Wähler. Und beiden gelang ein maßvoller Zugewinn aus dem Nicht-

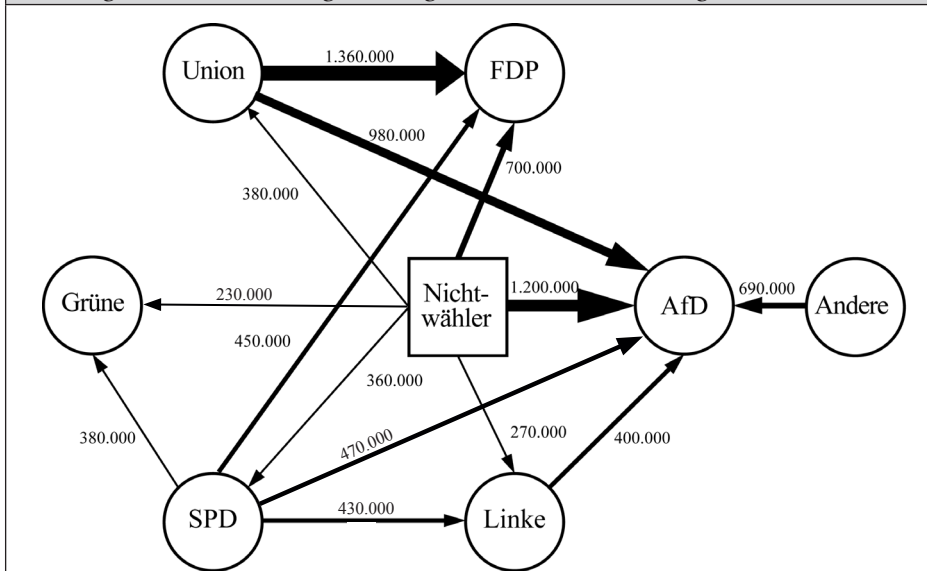
⁵⁰ Alle Wanderungangaben sind der Wählerwanderungsanalyse aus dem ARD-Wahlreport, a.a.O. (Fn. 4), S. 49 ff., entnommen.

wählerlager (Linke: 270.000, Grüne: 230.000). Bei den Grünen kam ein Plus im Generationenaustausch hinzu, ihr gelang es wiederum besser als anderen Parteien, Erstwähler anzusprechen (+180.000). Den stärksten Wählerabstrom verzeichnete die Linke in Richtung AfD (-400.000), die Grünen in Richtung FDP (-110.000).

Die Gewinner dieser Wahl waren AfD und FDP. Die 3,87 Millionen neuen Wähler und Wählerinnen der AfD stammen aus vier Quellen. Den höchsten Zustrom erfuhr sie aus dem Lager der Regierungsparteien CDU/CSU (+960.000) und SPD (+470.000). Sie gewann aber auch von der Linkspartei – vornehmlich im Osten – zahlreiche enttäuschte Wähler (+400.000). Darüber hinaus mobilisierte die AfD erfolgreicher als andere Parteien bisherige Nichtwähler (+1,2 Millionen); und schließlich sammelte sie erfolgreich Protestwähler nicht-etablierter kleiner Parteien (+690.000), die dadurch bei dieser Wahl marginalisiert wurden.

Die FDP legte im Saldo knapp drei Millionen Wähler zu. Sie gewann gut 1,8 Millionen von Union (+1,36 Millionen) und SPD (+450.000) und bot damit noch mehr enttäuschten Wählern der Regierungsparteien Zuflucht als die AfD. Die Gewinne von Grünen (+110.000) und Linken (+60.000) fielen zwar deutlich geringer aus, waren aber spürbar höher als bei früheren Wahlen – ein Hinweis für die Öffnung der FDP für neue Wählerschichten. Bei der Mobilisierung früherer Nichtwähler war sie nach der AfD am erfolgreichsten (+700.000).

Abbildung 1: Wählerwanderung Bundestagswahl 2013 zu 2017 (wichtigste Per-Saldo-Ströme)



Anmerkung: Dargestellt sind alle Wählerströme, die größer als 200.000 Wähler sind. Nicht dargestellt wurden die Veränderungen durch den Generationenwechsel.

Quelle: ARD-Wahlreport, a.a.O. (Fn. 4), S. 49 ff.

3.4. Wahlmotive

Selten passten wirtschaftliche Lage und Wahlergebnis so wenig zusammen wie bei dieser Bundestagswahl, selten wurde die These „It's the economy, stupid“⁵¹ zur Erklärung von Wahlausgängen so ad absurdum geführt wie diesmal. Die deutsche Wirtschaft boomte, die Arbeitslosigkeit hatte einen neuen Tiefststand erreicht, 84 Prozent der Bürger bewerteten die wirtschaftliche Lage in Deutschland⁵², 64 Prozent die eigene finanzielle Situation als „gut“ oder „sehr gut“.⁵³ Dennoch verloren die Regierungsparteien knapp 14 Prozentpunkte an Zustimmung, so viel wie keine Bundesregierung zuvor.

Grund dafür war eine Problemagenda, die sich grundlegend von den zurückliegenden Wahlen unterschied. Unmittelbar vor der Wahl nannten 49 Prozent die Bewältigung der Migration als das wichtigste Problem in Deutschland⁵⁴, gefolgt von den Themen Rente (20), Soziale Ungerechtigkeit (16), Bildung (13), Arbeitslosigkeit (acht) und Innere Sicherheit (sieben Prozent). Die lange Zeit dominierende Sorge um Arbeitsplätze spielte so gut wie keine Rolle mehr. Diese Agenda spiegelt sich auch in den vorherrschenden Wahlmotiven bei der Bundestagswahl 2017 wider. In einer Nachwählerhebung gaben 34 Prozent der Wählerinnen und Wähler an, für ihre Entscheidung sei der Aspekt Soziale Gerechtigkeit ausschlaggebend gewesen, 31 Prozent nannten die Flüchtlingspolitik, 30 Prozent die Innere Sicherheit und 22 Prozent die Rente.⁵⁵ Es folgten Umweltpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik, Gesundheitspolitik und Steuerpolitik mit jeweils etwa zehn Prozent der Nennungen. Die Wirtschaftspolitik, der Bereich, in dem die Große Koalition bemerkenswerte Erfolge vorzuweisen hatte, rangierte mit nur neun Prozent Nennungen an neunter Stelle von insgesamt 14 Bereichen. In den entscheidenden Politikfeldern Migration, Innere Sicherheit und soziale Gerechtigkeit überwog hingegen die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik.⁵⁶ Die ökonomischen Erfolge wurden zudem dadurch relativiert, dass eine große Mehrheit (79 Prozent) meinte, der Wohlstand werde ungleich verteilt und die Bundesregierung unternehme zu wenig dagegen (70 Prozent).

In der Flüchtlingspolitik gewannen schon im Herbst 2015 viele den Eindruck, der Staat habe die Kontrolle über die Zuwanderung verloren; die Angst vor einem Anstieg von Kri-

51 So die von *James Carville* in *Bill Clintons* Wahlkampf (1992) geprägte Maxime. Zur Diskussion des Einflusses der ökonomischen Regierungsbilanz auf das Wahlverhalten vgl. zum Beispiel *Christopher J. Anderson*, *The End of Economic Voting? Contingency Dilemmas and the Limits of Democratic Accountability*, in: *Annual Review of Political Science*, 10. Jg. (2007), S. 271 – 296.

52 Vgl. ARD-Wahlreport, a.a.O. (Fn. 4), S. 30.

53 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, *Politbarometer*, 9/2017, <https://www.zdf.de/politik/politbarometer/politbarometer-vom-21-september-2017-100.html> (Abruf am 29. März 2018).

54 Vgl. fortlaufende Erhebung der wichtigsten Probleme in Deutschland durch Forschungsgruppe Wahlen, *Politbarometer*, http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/ (Abruf am 29. März 2018).

55 Ergebnisse einer unveröffentlichten Nachwahlbefragung von policy matters bei 3.480 Wählern im Rahmen der Panelerhebung „Soziale Lebenslagen“ im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, vgl. *Rita Müller-Hilmer / Jérémie Gagné*, a.a.O. (Fn. 48).

56 Diese Entwicklung zeichnete sich bereits in den vorangegangenen Landtagswahlen ab. So wurden etwa 2016 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Landesregierungen abgewählt, obwohl sie hervorragende Wirtschaftsbilanzen vorlegen konnten und die Bürger in hohem Maße mit der Arbeit ihrer Landesregierung zufrieden waren. Die Landespolitik spielte seinerzeit insgesamt nur eine untergeordnete Rolle, denn das alles beherrschende Thema war die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung.

Tabelle 2: Wahlentscheidende Themen – CDU-, CSU- und SPD-Wähler (in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

Was war wichtigster / zweitwichtigster Aspekt für Ihre Wahlentscheidung?						
Rang	SPD-Wähler		CDU-Wähler		CSU-Wähler	
1.	Soziale Gerechtigkeit	51	Innere Sicherheit	39	Innere Sicherheit	42
2.	Rentenpolitik	33	Flüchtlingspolitik	23	Flüchtlingspolitik	30
3.	Innere Sicherheit	23	Rentenpolitik	19	Soziale Gerechtigkeit	19
4.	Flüchtlingspolitik	23	Soziale Gerechtigkeit	19	Außen- / Sicherheitspolitik	19
5.	Gesundheit / Pflege	13	Außen- / Sicherheitspolitik	19	Wirtschaftspolitik	18

Quelle: Nachwahlbefragung von policy matters im Rahmen der Studie „Soziale Lebenslagen“ im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung.

minimalität und Terrorismus und vor einem zu starkem Einfluss des Islams in Deutschland nahm zu.⁵⁷ Die Forderung nach einer Begrenzung der Migration bis hin zur Einführung einer Obergrenze, wie sie die CSU – erfolglos – von der Schwesterpartei forderte, wurde auch von vielen Anhängern der Regierungsparteien geteilt. Ungeachtet der signifikant gesunkenen Zahl von Zuwanderern war im Herbst 2017 eine Mehrheit mit der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung unzufrieden (55 Prozent), darunter auch viele Wähler von Union (34 Prozent) und SPD (52 Prozent).

Die Wähler der einzelnen Parteien orientierten sich bei ihrer Entscheidung an sehr unterschiedlichen Aspekten. Für die Wähler von CDU und CSU stand die Gewährleistung von Innerer Sicherheit im Vordergrund (39 beziehungsweise 42 Prozent, vgl. Tabelle 2), wo sie auch das weitaus meiste Vertrauen in die Unionsparteien setzten. Jeder vierte Unionswähler honorierte mit seinem Votum ihre Sozialpolitik beziehungsweise Rentenpolitik. Die Wirtschaftspolitik, traditionell ein Kompetenzfeld der Union, lag bei den CSU-Wählern nur an fünfter, bei den CDU-Wählern sogar nur an sechster Stelle.

Als weit wichtiger erwies sich die Flüchtlingspolitik, die knapp jeder vierte CDU-Wähler und sogar jeder dritte Wähler der CSU als wesentlichen Grund für die eigene Wahlentscheidung anführte – nur bei den Wählern der CDU lässt sich dies ohne weiteres als Zustimmung zu *Merkels* Migrationspolitik werten. Insgesamt erwies sich die Migrationspolitik als Achillesferse der Unionsparteien, zumal sich CDU und CSU in dieser Frage völlig uneins waren und ihre Konflikte teilweise vor laufenden Kameras austrugen.⁵⁸ Lange Zeit sah es so aus, als könnte sich die CSU mit ihrer Kritik an der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin in der Wählergunst schadlos halten.⁵⁹ Da diese Kritik sich aber im gemeinsamen Wahlpro-

57 Laut ARD-WahlReport machten sich 46 Prozent der Wahlberechtigten „große“ oder „sehr große“ Sorgen darüber, dass der Einfluss des Islams in Deutschland zu stark wird. 52 Prozent bereitete dies geringe oder gar keine Sorge. Vgl. ARD-Wahlreport, a.a.O. (Fn. 4), S. 34

58 Zur Zurechtweisung *Merkels* durch *Seehofer* auf dem Parteitag der CSU am 20. November 2015 titelte Die Welt „Seehofer kanzelt Merkel auf offener Bühne ab“, in: Die Welt online vom 20. November 2015, <https://www.welt.de/politik/video149103006/Seehofer-kanzelt-Merkel-auf-offener-Buehne-ab.html> (Abruf am 29. März 2018).

59 Anfang September 2017 wies Infratest dimap die CSU noch mit einem Stimmenanteil von 47 Prozent aus, vgl. dies., BayernTREND vom September 2017, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/bayern/laendertrend/2017/september/> (Abruf am 29. März 2018).

gramm nicht niederschlug, fehlte es *Seehofers* CSU an Glaubwürdigkeit.⁶⁰ Am Ende führten sieben von zehn Wählern, die der Union den Rücken kehrten, *Merkels* Flüchtlingspolitik als entscheidenden Grund dafür an; bei den zur AfD gewechselten Wählern waren es sogar mehr als 90 Prozent.

Die herben Verluste der Unionsparteien kontrastieren deutlich mit den hohen Zustimmungswerten der Kanzlerin. Ihr seit dem Beginn der Wahlperiode zwar spürbar gesunkenes, nach wie vor aber bemerkenswert hohes Ansehen⁶¹ konnte den Abstrom an Wählern allenfalls lindern, aber nicht verhindern. Die stark auf die Kanzlerin abgestellte Wahlkampagne der Union erwies sich letztlich als wirkungslos, wenn nicht sogar kontraproduktiv, denn bei dieser Wahl erwarteten die Bürger auch von der Kanzlerin Lösungskonzepte für wahrgenommene Probleme, die sie nicht ausreichend lieferte.

Die wahlentscheidenden Motive der SPD-Wähler waren anders gelagert. Für jeden zweiten (51 Prozent) war der Aspekt „Soziale Gerechtigkeit“ entscheidend für die Stimmabgabe, ein Drittel (33 Prozent) gab die Rentenpolitik als wichtigste Entscheidungsgrundlage an (vgl. Tabelle 2). Mit der Grundausrichtung und der dafür gewählten Überschrift „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ lag die SPD offenbar richtig. Zu Beginn des Wahljahres stieg entsprechend die Kompetenzzuschreibung für die SPD im Politikfeld „Soziale Gerechtigkeit“.⁶² Es gelang aber weder der Partei noch *Martin Schulz*, dieses Versprechen ausreichend mit Leben zu füllen. Am Ende beklagten acht von zehn Wahlberechtigten, die SPD habe keine klare Agenda für soziale Gerechtigkeit – eine Einschätzung, der sogar zwei von drei SPD-Wählern beipflichteten.⁶³ Die SPD fiel in der Kompetenzzuschreibung wieder auf 38 Prozent. Einbußen musste sie auch in anderen Politikfeldern hinnehmen, wie etwa in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik. Ihr schleichender, seit 2002 anhaltender Profilverlust in ihrem Kernkompetenzbereich „Soziale Gerechtigkeit“⁶⁴ und der damit einhergehende Vertrauensverlust in der Arbeitnehmerschaft dürfte aber der entscheidende Grund⁶⁵ für den kontinuierlichen Niedergang der SPD sein. Mit ihrer Kernklientel scheint ihr auch der Kompass für ihre sozial- und gesellschaftspolitische Orientierung verloren gegangen zu sein. Die Flüchtlingspolitik spielte bei den SPD-Wählern zwar eine untergeordnete Rolle; die nicht immer ganz klare Positionierung der Partei auf diesem Feld hat aber

60 „Man kann nicht zugleich Hü und Hott sagen. Ein CSU-Vorsitzender kann nicht die *Merkel'sche* Politik verurteilen, wenn seine eigene CSU-Landesgruppe im Bundestag diese Politik faktisch in allem mitträgt“, sagte Ex-CSU-Parteivizechef *Peter Gauweiler* in einem SZ-Interview. *Heribert Prantl*, „Horst, es ist Zeit“, in: SZ online vom 5. Oktober 2017, <http://www.sueddeutsche.de/bayern/exklusiv-gauweiler-seehofer-muss-csu-vorsitz-abgeben-1.3695711> (Abruf am 3. April 2018).

61 Bei der Bundestagswahl 2013 waren 71 Prozent mit *Merkels* Kanzlerschaft zufrieden, 2017 noch 64 Prozent, vgl. ARD-Wahlreport, a.a.O. (Fn. 4), S. 45.

62 Der Wert stieg von 33 auf 46 Prozent an (vgl. ARD-DeutschlandTREND März 2017, Berlin 2014, S. 11).

63 Vgl. ebenda, S. 41.

64 Bei der Bundestagswahl 2017 lag der Wert für „Soziale Gerechtigkeit“ bei 38 Prozent und war damit fünf Prozentpunkte niedriger als 2013 (43 Prozent) und sogar 16 Prozentpunkte niedriger als 1998 (54 Prozent). Vgl. Umfragen zur SPD, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/umfrage-spd.shtml> (Abruf am 29. März 2018).

65 In der Nachwahlbefragung von policy matters im Rahmen des Projektes „Soziale Lebenslagen“ (dies., a.a.O. (Fn. 55)) gaben die meisten von der SPD abgewanderten Wähler „Soziale Gerechtigkeit“ als Hauptmotiv an.

auch sie Stimmen gekostet. Für die rund 500.000 zur AfD abgewanderten Wähler war dies das Hauptmotiv⁶⁶, der SPD den Rücken zu kehren.

Der Absturz der Partei auf die 20-Prozent-Marke konnte letztlich von dem mit großen Erwartungen gestarteten Kanzlerkandidaten nicht verhindert werden. Seine anfangs hohen Zustimmungswerte von 57 Prozent brachen zeitweise auf 33 Prozent ein, um sich im Schlussspurt bei 46 Prozent zu stabilisieren. In der Kanzlerpräferenz führte er sogar zeitweilig klar vor der Amtsinhaberin, lag am Ende aber ähnlich deutlich hinter *Merkel* zurück wie seine Vorgänger *Steinmeier* und *Steinbrück*. *Merkel* erschien den Wählern am Ende eindeutig führungsstärker, kompetenter, glaubwürdiger und auch sympathischer als der SPD-Mann. Einzig in Hinblick auf Bürgernähe konnte *Schulz* sie übertreffen. Für die Wahlentscheidung spielte er als Person letztlich nur eine geringe Rolle, sein Kandidatenfaktor lag mit 22 Prozent auf dem Niveau seiner beiden Vorgänger. Die Tatsache, dass die SPD spätestens seit Frühsommer 2017 keine realistische Machtperspektive mehr hatte, dürfte für viele linksorientierte Wähler ebenfalls ein Grund gewesen sein, ihr in Richtung Linke oder Grüne den Rücken zu kehren.

Die Linke setzte ihren Schwerpunkt wie bei den Wahlen zuvor auf das Thema „Soziale Gerechtigkeit“, das sie wie gewohnt weit radikaler deutete als die SPD. Mit dieser Priorisierung entsprach sie den Erwartungen ihrer Anhängerschaft, denn dieses Themenfeld gaben 67 Prozent ihrer Wähler als ausschlaggebendes Motiv für ihre Wahlentscheidung an, deutlich vor Renten (33 Prozent) und Flüchtlinge (17 Prozent, vgl. Tabelle 3).

Die Linke profitierte am Ende nicht zuletzt von dem Scheitern der SPD, den anfangs erfolgreich geweckten Erwartungen ihrer Wählerschaft nach einer „gerechteren“ Politik zu genügen. Im Gegensatz zur SPD konnte die Linke ihre Kompetenzzuschreibung in Sachen „Sozialer Gerechtigkeit“ gegenüber der letzten Bundestagswahl deutlich auf 16 Prozent steigern (+4 Prozentpunkte), den höchsten von ihr jemals bei einer Bundestagswahl erreichten Wert.⁶⁷ Sie vermochte aber darüber hinaus auch mehr Wähler als sonst in punkto Familien-, Renten- und Steuerpolitik zu überzeugen. Personell punktete sie ebenfalls mit ihrem Spitzenduo *Sarah Wagenknecht* und *Dietmar Bartsch*, wobei *Wagenknechts* Beliebtheitswerte sogar an die des langjährigen Frontmannes der Linken, *Gregor Gysi*, heranreichten (44 gegenüber 47 Prozent).⁶⁸

Bündnis 90/Die Grünen verdankten ihr am Ende noch versöhnliches Ergebnis einmal mehr ihrer Alleinstellung in Sachen Umweltschutz / Ökologie. Dieses Thema rangierte bei dem Votum ihrer Wähler klar an erster Stelle (59 Prozent), und hier schrieben die Bürger ihnen nach wie vor die weitaus höchste Kompetenz zu (56 Prozent, vgl. Tabelle 3).⁶⁹ Das Alleinstellungsmerkmal in Sachen Ökologie ist für die Grünen Chance und Einschränkung zugleich. Kommt dem Thema aktuelle Bedeutung zu – wie zuletzt vor allem 2011 nach Fukushima –, können sie auf breite Unterstützung hoffen; spielt es aber wie bei dieser Wahl nur eine untergeordnete Rolle, beschränkt sich der Zuspruch weitgehend auf die grüne Kernwählerschaft. Ihren Last-Minute-Aufschwung – noch kurz vor der Wahl wurde die Partei in den Umfragen mit nur sieben Prozent ausgewiesen – dürften die Grünen nicht zuletzt den enttäuschten Erwartungen vieler SPD-Wähler verdanken, denen eine Jamaika-

66 Vgl. ebenda.

67 Vgl. ARD-Wahlreport, a.a.O. (Fn. 4), S. 40.

68 Vgl. ebenda, S. 45.

69 Vgl. ebenda, S. 40.

Tabelle 3: Wahlentscheidende Themen – Linke-, Grünen-, FDP- und AfD-Wähler (in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

Was war wichtigster / zweitwichtigster Aspekt für Ihre Wahlentscheidung?								
Rang	Linke-Wähler		Grünen-Wähler		FDP-Wähler		AfD-Wähler	
1.	Soziale Gerechtigkeit	67	Umweltpolitik	59	Flüchtlingspolitik	30	Flüchtlingspolitik	83
2.	Rentenpolitik	33	Soziale Gerechtigkeit	39	Innere Sicherheit	26	Innere Sicherheit	49
3.	Flüchtlingspolitik	17	Flüchtlingspolitik	13	Steuer- / Finanzpolitik	22	Soziale Gerechtigkeit	19
4.	Innere Sicherheit	14	Innere Sicherheit	13	Schule / Bildung	20	Rentenpolitik	15
5.	Gesundheit / Pflege	12	Gesundheit / Pflege	12	Soziale Gerechtigkeit	20	Europapolitik / Euro	10

Quelle: Nachwahlbefragung von policy matters im Rahmen der Studie „Soziale Lebenslagen“ im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung.

Koalition lieber war als die Fortsetzung der Großen Koalition: an Rot-Rot-Grün glaubte zu jenem Zeitpunkt kaum jemand mehr.

Die Grünen sind primär Programmpartei, ihre Wähler orientieren sich in erster Linie an ihrem programmatischen Angebot. Gutes Spitzenpersonal hilft bei der Außendarstellung, hat aber verglichen mit den anderen Parteien einen deutlich geringeren Einfluss auf ihr Abschneiden – wie die Ergebnisse der Grünen zu Zeiten ihres bislang beliebtesten Spitzenkandidaten, *Joschka Fischer*, belegen.⁷⁰ *Cem Özdemir* kam – auch ohne Regierungssamt – mit einem Sympathiewert von 55 Prozent den Werten *Fischers* so nahe wie bislang kein anderer Spitzenkandidat der Grünen. Er rangierte damit gleich hinter Kanzlerin *Merkel* und Außenminister *Gabriel*, und deutlich vor den Spitzenkandidaten der anderen Parteien. Nur hatte *Özdemirs* Beliebtheit kaum Einfluss auf das Wahlverhalten⁷¹, und am Ende waren die Grünen die schwächste der in den Bundestag gewählten Parteien.

Die FDP entsprach mit ihrer für liberale Politik eher ungewöhnlichen Schwerpunktsetzung auf Flüchtlingspolitik und Innere Sicherheit der Sorgenagenda der Bevölkerung. Am Ende entschieden sich mehr Wähler wegen der Flüchtlingspolitik (30 Prozent) und der Sicherheitspolitik (26 Prozent) für die FDP als wegen ihrer steuerpolitischen Konzepte (22 Prozent, vgl. Tabelle 3) – unter *Westerwelle* noch das herausragende Kompetenzfeld der Liberalen („Mehr Netto vom Brutto“). Das klassische liberale Kompetenzfeld Wirtschaftspolitik rangierte in der Motivationsrangfolge der FDP-Wähler sogar noch hinter der „Sozialen Gerechtigkeit“ (20 gegenüber 17 Prozent).⁷² Dies und die Tatsache, dass der FDP auch viele vormalige Nichtwähler und enttäuschte SPD-Wähler sowie erstmals in nennenswertem Umfang ehemalige Grünen-Wähler zum Wiedereinzug in den Bundestag verhalfen, deutet auf eine Ausdehnung der Wählerschaft über ihr wirtschaftsfreundliches Stammklientel hinaus.

70 Seinerzeit kamen die Grünen auf einen Stimmenanteil von maximal 8,6 Prozent.

71 *Özdemirs* Kandidatenfaktor lag mit elf Prozent deutlich unter dem der Spitzenkandidaten von Union, SPD, FDP und Linkspartei (vgl. ARD-Wahlreport, a.a.O. (Fn. 4), S. 62).

72 Vgl. ebenda.

Dabei erwies sich auch *Christian Lindner* als wichtiges Zugpferd. Wie kaum jemals zuvor war der Wahlkampf der Liberalen personalisiert und auf ihren Spitzenkandidaten zugeschnitten. Dies zahlte sich am Ende aus, denn immerhin jeder vierte Wähler der FDP gab an, dass der Kandidat bei der Stimmabgabe die wichtigste Rolle spielte – ein für die Freidemokraten bemerkenswert hoher Kandidatenfaktor. Zum Erfolg der FDP haben darüber hinaus auch taktisch-strategische Überlegungen beigetragen, von denen sich nach eigenen Angaben 39 Prozent der liberalen Wählerschaft leiten ließen – weit mehr als bei jeder anderen Partei.⁷³ Wie schon 2009 wollten einige unionsgeneigte Wähler durch eine Stimmabgabe zugunsten der FDP die Fortführung der Großen Koalition abwenden. Und sollte es doch dazu kommen, wollte man wenigstens verhindern, dass die AfD drittstärkste Partei und damit Oppositionsführerin im neuen Bundestag würde – was beides jedoch nicht gelang.

Die AfD wurde klar vor der FDP drittstärkste Kraft. Ihr erfolgreiches Abschneiden verdankte die Alternative für Deutschland wie schon 2013 der Konzentration auf ein Thema – diesmal allerdings nicht den Euro, sondern Migration. Der Wechsel in ihrer Schwerpunktsetzung war letztlich entscheidend für ihren Wahlerfolg, denn dieses Thema beschäftigt die Deutschen seit Jahren wie kein zweites⁷⁴, und viele Bürger waren mit der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung unzufrieden. 83 Prozent der AfD-Wähler führten die Flüchtlingspolitik als zentralen Grund für ihre Stimmabgabe an – bei keiner anderen Partei gab es ein vergleichbar dominantes Wahlmotiv. 49 Prozent begründeten ihr Votum mit der Angst vor einem Anstieg von Kriminalität und Terrorismus. Das Thema Euro spielte nur noch eine marginale Rolle, es war nur für jeden zehnten AfD-Wähler wahlentscheidend (vgl. Tabelle 3).⁷⁵

Wie keine andere Partei verstand es die AfD, die unterhalb der ökonomischen Stabilität schlummernde Verunsicherung anzusprechen. Diese Verunsicherung hat ihre Ursachen weniger in der objektiven Lebenswirklichkeit – etwa finanziellen Problemen oder Sorgen um den Arbeitsplatz –, als in der vagen Angst vor der Zukunft: Eine Mehrheit der Deutschen machte sich Sorgen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt (70 Prozent), immerhin ein Drittel (37 Prozent) trieb die Sorge vor einem wachsenden Einfluss des Islam um. Motivationsstreiber war letztlich die Empfindung eines dreifachen Kontrollverlustes⁷⁶:

- In persönlicher Hinsicht überwogen berufliche, finanzielle und soziale Zukunftsängste.
- In politischer Hinsicht empfand man Politik, Medien und Institutionen als abgehoben und gegenüber den eigenen Sorgen als zu wenig responsiv.
- In nationalstaatlicher Hinsicht beklagte man, dass der Staat im Zuge der Zuwanderung die Grenzen nicht mehr kontrolliere und dadurch seiner primären Aufgabe, die eigene Bevölkerung zu schützen, nicht ausreichend nachkäme.

Die Attraktivität der AfD beruhte nicht so sehr auf ihren Lösungskonzepten – selbst in Bezug auf Flüchtlingspolitik und Kriminalitätsbekämpfung fiel ihre Kompetenzzuschreibung eher bescheiden aus. Ihre Wahl erfolgte in der Regel weniger aus Überzeugung, sondern aus

73 Vgl. ARD-Wahlreport, a.a.O. (Fn. 4), S. 65.

74 Im Politbarometer führt das Thema „Flüchtlinge/Ausländer“ seit August 2015 die Problemagenda an – unmittelbar vor der Bundestagswahl 2017 mit 49 Prozent der Nennungen. Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, fortlaufend, http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/ (Abruf am 3. April 2018).

75 Vgl. Rita Müller-Hilmer / Jérémie Gagné, a.a.O. (Fn. 48).

76 Vgl. ebenda.

Enttäuschung wegen der kritisierten Untätigkeit anderer Parteien. Jeder zweite Wahlberechtigte stimmte der Aussage zu, die AfD habe es „besser als andere verstanden, dass sich viele Menschen nicht mehr sicher fühlen“⁷⁷. Dies wog letztlich schwerer als der Vorwurf, die AfD distanzieren sich nicht ausreichend von rechtsextremen Positionen – ein Vorwurf, den selbst eine Mehrheit (55 Prozent) der eigenen Wähler teilte.⁷⁸ Auch die Zerstrittenheit der Partei und die in aller Öffentlichkeit ausgetragenen Querelen um ihre Führung haben der AfD letztlich nicht geschadet. Die geringe Bedeutung von Personen ist im Übrigen durchaus typisch für Protestparteien. Die meisten ihrer Wähler wandten sich schließlich der AfD zu, weil ihnen die Begrenzung der Zuwanderung wichtiger war als alles andere.

4. Mühsame Regierungsbildung⁷⁹

Das Ergebnis wurde am Abend des 24. Septembers als Abwahl der Großen Koalition interpretiert, es ließ jedoch keine eindeutige Präferenz für ein anderes Regierungsbündnis erkennen. Klar war nur, dass ohne die kräftig gestutzte Wahlsiegerin CDU/CSU eine Regierung nicht möglich war.⁸⁰ Da die SPD noch am Wahlabend unter tosendem Beifall ihrer anwesenden Mitglieder das Ende der Großen Koalition und den Gang in die Opposition verkündete, blieb als Option nur ein Bündnis mit FDP und Grünen. Die seit 2005 dafür geläufige Bezeichnung „Jamaika-Koalition“ weist aber schon auf ein Problem hin: Aufgrund der in der Wirtschafts- und Steuerpolitik bestehenden Differenzen zwischen FDP und Grünen und der in gesellschafts-, sicherheits- und migrationspolitischen Fragen unterschiedlichen Ansichten zwischen CSU und Grünen erschien dieses Bündnis lagerübergreifend reichlich „exotisch“.⁸¹

Und doch schienen die Voraussetzungen günstig wie nie, da sich nur wenige Monate zuvor in Schleswig-Holstein eine von den drei Parteien wie vom Publikum sehr positiv aufgenommene Koalition aus CDU, Grünen und FDP gebildet hatte.⁸² Eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger sprach sich nach der Bundestagswahl auch auf Bundesebene für die Bildung einer Jamaika-Koalition aus. Vor Beginn der Verhandlungen mussten CDU und CSU ihre internen Differenzen in der Migrationspolitik ausräumen und zu einer gemeinsamen Linie finden. Nachdem sie sich auf einen „atmenden Deckel“ von 180.000 bis

77 ARD-Wahlreport, a.a.O. (Fn. 4), S. 44.

78 Vgl. ebenda.

79 Zur Regierungsbildung siehe auch den Aufsatz von *Sven T. Siefken* in diesem Heft der ZParl.

80 *Merkels* erster Kommentar am Wahlabend, sie sei „nicht enttäuscht“ vom Wahlausgang, da die Union ihre strategischen Ziele erreicht habe, stieß angesichts der herben Verluste selbst in den eigenen Reihen auf Unverständnis. Vgl. *Philipp Wittrock*, *Merkels Macht bröckelt*, in: Spiegel online vom 28. September 2017, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/cdu-nach-der-wahl-angela-merkels-macht-broeckelt-a-1170329.html> (Abruf am 29. März 2018).

81 *Peter Dausend* / *Alard von Kittlitz* kommentierten dies entsprechend pessimistisch: „Vier Parteien, vier Weltansichten – daraus ist in Deutschland noch nie eine Regierung gebildet worden“ – und sollten damit Recht behalten. Vgl. *dies.*, *Ehe für Alle*, in: Zeit online vom 18. Oktober 2017, <http://www.zeit.de/2017/43/jamaika-koalition-cdu-csu-gruene-fdp-bundesregierung> (Abruf am 29. März 2018).

82 Die erste und frühzeitig gescheiterte Jamaika-Koalition im Saarland war längst vergessen und zeitigte vor allem weder im Land noch im Bund für eine der drei beteiligten Parteien negative Konsequenzen.

220.000 Flüchtlingen pro Jahr geeinigt hatten⁸³, war der Weg frei für das erste Sondierungsgespräch zwischen CDU, CSU, FDP und Grünen, das am 18. Oktober stattfand.

4.1. Jamaika-Sondierungen

Alle Parteien äußerten sich zuversichtlich, die Liberalen allerdings schon nach der ersten Sitzung mit der Einschränkung „Alle Optionen liegen für uns Freie Demokraten auf dem Tisch“⁸⁴. Bereits vor Beginn der Sondierungen hatte FDP-Chef *Lindner* feste Koalitionsbedingungen aufgestellt, darunter die Abschaffung des Solis und der Verzicht auf ein CDU-geführtes Finanzministerium. Bei den Sondierungspartnern sorgte dies für Irritationen und baute einen öffentlich-medialen Druck auf, der die langwierigen, fast fünfwöchigen Verhandlungen prägen sollte. Regelmäßig sickerten Details der Verhandlungen von verschiedenen Seiten an die Öffentlichkeit, was die Entstehung einer Vertrauensbasis nachhaltig erschwerte.

Trotz dieser Startschwierigkeiten konnten inhaltliche Fortschritte bei den Themen Steuern und Finanzen sowie Bildung erzielt werden. Man einigte sich darauf, den Soli schrittweise abzubauen, an der „Schwarzen Null“ festzuhalten sowie keine Substanzsteuern einzuführen. Weitergehende steuerliche Entlastungen, einst der Markenkern der FDP, waren nicht vorgesehen. Einigkeit bestand auch darüber, mehr in Bildung zu investieren – bis 2025 sollten zehn Prozent des BIP für die Bildungsausgaben ausgegeben werden –, sowie auf ein Investitionsvolumen von 20 Milliarden Euro für den Ausbau der digitalen Infrastruktur bis 2025. Auch in anderen Bereichen zeichneten sich Kompromisse ab, etwa beim Kohleausstieg und bei der Beschränkung von Verbrennungsmotoren. Selbst in der Migrationspolitik gab es Zeichen für einen Einigungswillen. So kündigten die Grünen Zustimmung in Richtung einer Flüchtlingsobergrenze an, erwartete allerdings dafür im Gegenzug ein Entgegenkommen in der Klima- und Agrarpolitik.⁸⁵

Doch die Einigkeit hielt nicht lange an, wiederholt wurden vormals beschlossene Ergebnisse infrage gestellt. Begleitet wurden die stockenden Verhandlungen durch Drohungen über einen Sondierungsabbruch, ein wiederkehrendes Merkmal der Jamaika-Verhandlungen. Anfang November wurde der Ton der FDP zunehmend rauer, als *Kubicki* und *Lindner* öffentlich betonten, man habe „keine Angst vor Neuwahlen“⁸⁶. Damit stellten sie die Sondierungen grundlegend infrage.

83 Es gehört zu den Sonderlichkeiten des vorangegangenen Wahlkampfes, dass dies nicht schon vor der Wahl gelang. Vgl. *Anna Sauerbrey*, Ein absurdes, aber gutes Ergebnis, in: Der Tagesspiegel online vom 9. Oktober 2018, <https://www.tagesspiegel.de/politik/einigung-von-cdu-und-csu-zur-obergrenze-ein-absurdes-aber-gutes-ergebnis/20430044.html> (Abruf am 29. März 2018).

84 Vgl. „Ein Anfang, 18. Oktober 2017“, in: Tagesschau online vom 18. Oktober 2017, <https://www.tagesschau.de/inland/jamaika-sondierungen-103.html> (Abruf am 29. März 2018).

85 Diese Kompromissbereitschaft wurde allerdings belastet, als *Merkel* auf der zeitgleich zu den Sondierungsgesprächen stattfindenden UN-Klimakonferenz in Bonn ein klares Bekenntnis zu den deutschen Emissionszielen bis 2020 vermied. In den Tagen zuvor hatte es Berichte gegeben, nach denen die Einhaltung der Klimaziele als unrealistisch eingestuft wurde. Ebenfalls negativ wurde aufgenommen, dass Deutschland bei der Allianz für den globalen Kohleausstieg außen vor blieb.

86 „FDP-Chef Lindner hat „keine Angst vor Neuwahlen“, in: Spiegel online vom 5. November 2017, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/christian-lindner-fdp-chef-hat-keine-angst-vor-neuwahlen-a-1176550.html> (Abruf am 29. März 2018).

Auch nach einer mehrstündigen Marathonsitzung am 16. November konnten die Parteispitzen aus Union, Grünen und FDP keine abschließende Einigung erreichen. Der Abbruch der Jamaika-Sondierungen in der Nacht zum 20. November erfolgte nichtsdestominder völlig unerwartet, da laut Union und Grünen eine Einigung kurz bevorstanden habe.⁸⁷ Lindner trat in Anwesenheit seines Sondierungsteams vor die Kameras und gab das „Aus“ der Verhandlungen bekannt, da es „keine gemeinsame Vertrauensbasis“ zwischen den Parteien gebe.⁸⁸

4.2. Verhandlungen zur Bildung einer Großen Koalition

Nach dem Scheitern von „Jamaika“ lag der Ball wieder bei der SPD. Am Tag danach beteuerte SPD-Chef *Schulz* noch, eine Große Koalition käme für die Sozialdemokraten nicht infrage, denn die schwarz-rote Koalition sei durch die Bürger abgewählt worden. Als Alternative brachte er die Option einer Minderheitsregierung der Union ins Gespräch, die aber *Merkel* umgehend als zu unsicher zurückwies. Noch am selben Tag trat Bundespräsident *Steinmeier* vor die Presse und rief alle Parteien, explizit auch die SPD, zu „Gesprächsbereitschaft“ auf und appellierte an ihre staatspolitische Verantwortung: „Wer sich zur Wahl stellt, muss politische Verantwortung übernehmen“ – eine Position, die auch in der SPD zunehmend Unterstützung fand⁸⁹, zumal drohende Neuwahlen für die Partei eher weitere Verluste erwarten ließen.

Derart unter Druck gesetzt, sahen sich *Schulz* und die SPD-Spitze zu einer drastischen Kehrtwende gezwungen. Nach dem Empfang beim Bundespräsidenten fasste der SPD-Parteivorstand den Beschluss, Sondierungsgespräche mit der Union aufzunehmen, das Verhandlungsergebnis einem kleinen Parteitag zur Zustimmung vorzulegen. Zwar kursierten vor Beginn der Sondierungen „rote Linien“ der SPD und der Union, aber im Gegensatz zu den Jamaika-Gesprächen sickerten nur selten Verhandlungsergebnisse an die Öffentlichkeit durch. Die Parteispitzen einigten sich nach nur sechs Verhandlungstagen auf ein Sondierungspapier, in dem die wesentlichen Inhalte und Projekte der neuen Großen Koalition festgeschrieben wurden: die Rückkehr zu paritätischen Krankenkassenbeiträgen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Festschreibung des Rentenniveaus von 48 Prozent bis 2025, das Recht auf befristete Teilzeit, den schrittweisen Abbau des Solidaritätszuschlags bis 2021, die Begrenzung des Familiennachzugs für Flüchtlinge, eine „atmende“ Obergrenze von

87 Im Anschluss an das „Jamaika-Aus“ (Wort des Jahres 2017) entstand eine Debatte über die Frage, wer für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich war. Für CDU, CSU und Grünen war dies die FDP, die ihrerseits versuchte, *Merkel* für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich zu machen.

88 *Lindners* Begründung „Es ist besser, nicht zu regieren als falsch zu regieren“ avancierte zum geflügelten Wort.

89 So etwa die ehemalige Gesundheitsministerin *Ulla Schmidt*: „Die SPD darf sich keinen Gesprächen über die Bildung einer Koalition verweigern.“ „Druck auf Schulz steigt in diesen Stunden extrem“, in: Die Welt online vom 22. November 2017, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article170846813/Druck-auf-Schulz-steigt-in-diesen-Stunden-extrem.html> (Abruf am 29. März 2018). Ähnlich äußerten sich der ehemalige Wehrbeauftragte *Reinhold Robbe* und der Vorsitzende der NRW-Landesgruppe im Bundestag, *Achim Post*.

200.000 Zuwanderern jährlich und höhere Investitionen für Europa.⁹⁰ Auch die Schaffung von zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen zur Bearbeitung von Asylanträgen („ANKER“) wurde beschlossen. Hinzu kamen Investitionen in Bildung und Forschung sowie die Erhöhung des BAföG-Satzes.

Auf ihrem Parteitag am 21. Januar konnte die SPD-Spitze eine Reihe von Vereinbarungen vorlegen, die sie gegen Widerstände in der Union durchgesetzt hatte. Es fehlten allerdings zwei zentrale sozialdemokratische Forderungen: die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und die Einführung einer Bürgerversicherung. Entsprechend knapp fiel die Zustimmung aus: eine Mehrheit von 56,4 Prozent stimmte für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen. Parallel dazu formierte sich eine „No-GroKo“-Kampagne unter Führung des Juso-Vorsitzenden *Kevin Kühnert*, der offensiv für eine Ablehnung einer erneuten Großen Koalition beim Mitgliedervotum warb. Der SPD-Vorstand versicherte daraufhin, sich in den Koalitionsverhandlungen für weitere sozialdemokratische Forderungen einzusetzen.

Nach weiteren zwei Wochen Verhandlungen einigten sich SPD und Union auf einen Koalitionsvertrag und auf eine überraschende Ressortverteilung: die CDU tauschte mit der SPD das Finanz- gegen das Wirtschaftsministerium, und mit der CSU das Landwirtschaftsministerium gegen das Innenministerium. Die SPD legte den Koalitionsvertrag ihren Mitgliedern zur Abstimmung vor, wobei die Besetzung ihrer Ministerien bewusst offenblieb. Für Unmut sorgte deshalb die vorzeitige Ankündigung von *Martin Schulz*, den Parteivorsitz abgeben und den Posten des Außenministers übernehmen zu wollen, obwohl er vor der Wahl kategorisch ausgeschlossen hatte, Mitglied in einem Kabinett *Merkels* zu werden. Der zu dem Zeitpunkt noch amtierende und bei den Bürgern hoch angesehene Außenminister *Gabriel* sah sich durch diese Personalentscheidung düpiert und machte dies auch öffentlich deutlich. Öffentlicher und parteiinterner Druck führten dazu, dass *Schulz* am Ende sowohl auf den Parteivorsitz als auch auf das Ministeramt verzichtete. Die SPD fiel infolge dieser Personalquerelen und des GroKo-Schlingerkurses auf ein Rekordtief von 16 Prozent im ARD-DeutschlandTREND – nur einen Punkt von der AfD entfernt.

Das Votum der Parteimitglieder der SPD fiel nach intensiven Debatten mit 66 Prozent überraschend klar zugunsten der Bildung einer neuen Großen Koalition aus, woraufhin die Regierungsbildung in die Wege geleitet werden konnte. *Steinmeier* schlug *Merkel* offiziell als Kanzlerin vor, und der Bundestag wählte die seit 2005 amtierende Amtsinhaberin mit 364 von 709 Stimmen, das heißt mit 35 Stimmen weniger, als Union und SPD gemeinsam zählen. Am 14. März 2018 trat *Merkel* ihre vierte Amtszeit an.

5. Hauptaufgabe: Spaltung der Gesellschaft reduzieren

Das Wahlergebnis war geprägt von der Spaltung der Gesellschaft durch die Flüchtlingspolitik, repräsentiert durch den erstmaligen Einzug einer rechtspopulistischen Partei in den Deutschen Bundestag. Ungeachtet ihrer beachtlichen innen- und außenpolitischen Erfolge strafte viele Wähler Union und SPD mit Stimmzug ab, weil sie mit ihrer Sozial- und

90 Vgl. „Das steht im Abschlusstext von Union und SPD“, in: SZ online vom 12. Januar 2018, <http://www.sueddeutsche.de/politik/sondierungspapier-das-steht-im-abschlusstext-von-union-und-spd-1.3822621> (Abruf am 29. März 2018).

Flüchtlingspolitik nicht einverstanden waren. Die mangels Durchsetzbarkeit anderer Optionen erzwungene Neuaufgabe der Großen Koalition ist aus Sicht der beiden Volksparteien deshalb auch ein „Projekt Wiedergutmachung“, um verlorene Wähler zurückzugewinnen. Dies war schon in der Prioritätensetzung des Koalitionsvertrages erkennbar, in dem die Union eine Begrenzung der Zuwanderung festschrieb und dem die SPD wieder einen stärker sozialpolitisch geprägten Stempel aufdrückte. In ihrer ersten Regierungserklärung ging *Merkel* explizit auf die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft ein. Als „Kristallisationspunkt“ dieser gesellschaftlichen Spaltung benannte sie fast schon selbstkritisch ihren Satz „Wir schaffen das“, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass deren tieferen Ursachen in den bereits längerfristig entstandenen „Gegensätzen zwischen Stadt und Land, Arm und Reich, Jung und Alt, Ansässigen und Eingewanderten“⁹¹ zu suchen seien. Diese Gegensätze abzubauen und den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken bezeichnete sie als wichtigstes Ziel der neuen Regierung.

Zur besseren Bewältigung dieser Aufgaben und vor allem zur besseren Kommunikation – in die Partei und in die Bevölkerung hinein – haben sich die drei Koalitionspartner personell neu aufgestellt und verjüngt. Bei der CDU wird dabei der neuen Generalsekretärin die entscheidende Rolle zufallen, die zuletzt offenkundigen innerparteilichen Konflikte über die künftige Ausrichtung der Partei nicht ausufern zu lassen und die Zeit nach *Merkel* einzuleiten. Bei der SPD wird es vor allem Aufgabe der neuen Fraktions- und Parteivorsitzenden *Andrea Nahles* sein, zur Profilierung der Sozialdemokraten innerhalb einer Großen Koalition beizutragen. Will die SPD als Volkspartei Bestand haben, muss sie vor allem eine Politik betreiben, die bei ihrer früheren Kernklientel, den einfachen Arbeitnehmern, wieder ankommt. Dies ist nicht nur Aufgabe der Parteispitze und aller sechs SPD-Bundesminister, hier dürfte die gesamte Partei in all ihren Gliederungen gefordert sein. Die CSU nimmt in der Koalition eine Schlüsselrolle dafür ein, den Bürgern wieder das Gefühl zu geben, dass der Staat in zentralen Bereichen – Migration, Innere Sicherheit, Ausgleich zwischen Stadt und Land, Entwicklung des Wohnungsbaus⁹² – die von ihm erwartete Kontrollfunktion ausübt. Die Verantwortung dafür hat CSU-Chef *Horst Seehofer* übernommen und dafür seinen Posten als bayerischer Ministerpräsident an *Markus Söder* abgegeben. Damit hat er sich formal auch der Richtlinienkompetenz der Kanzlerin unterworfen. Schon die ersten Tage nach der Regierungsbildung ließen erkennen, dass darin ein nicht unerhebliches Konfliktpotenzial steckt⁹³, das die Oppositionsparteien genüsslich auszunutzen verstehen. Eines scheint jedenfalls gesichert: Die neunzehnte Wahlperiode dürfte deutlich lebendiger, debattenreicher und kontroverser verlaufen als die vergangenen.

91 *Majid Sattar* / *Johannes Leithäuser*, Bundesregierung will Zusammenhalt stärken und Digitalisierung fördern, in: FAZ vom 22. März 2018, S. 1.

92 In einer repräsentativen Erhebung von policy matters im Februar 2018 nannten die Hamburger das Thema „steigende Mieten“ als bei Weitem wichtigstes Problem, weit vor allen anderen Bereichen. Vgl. *Oliver Hollenstein*, Werden ihn die Hamburger vermissen?, in: Zeit online vom 7. März 2018, <http://www.zeit.de/2018/11/olaf-scholz-buergermeister-hamburg-bilanz-umfrage> (Abruf am 29. März 2018).

93 „Merkel entgleitet ein Teil des Kabinetts“, so wurde auf Spiegel online gemutmaßt. *Valerie Höhne*, Richtlinienresistenz, in: Spiegel online vom 3. April 2018, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/streit-in-der-union-wie-angela-merkels-macht-schwindet-a-1200914.html> (Abruf am 3. April 2018).